Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

158 (13.7.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13—15, Ruf 3421/25—01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim. Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 158 | Donnerstag, 13. Juli 1950 2. Juli-Woche | Preis 15 Pfg.

USA-Interventionisten bereiten Flucht aus Taidschon vor

Amerikanischer Panzerangriff auf siegreiche koreanische Volksarmee völlig zerschlagen — Verteidigungsstellung der Amerikaner nördlich des Kum-Flusses zusammengebrochen

Tokio. (Nach afp und Reuter). Die Versuche der amerikanischen Interventions-Armee mit starken Panzerkräften den Vormarsch der koreanischen Volksarmee zum Kum-Fluß und auf Taidschon aufzuhalten, sind gescheitert und endeten mit einer verlustreichen Niederlage der Amerikaner. Die koreanische Volksarmee hat den wichtigen Straßen- und Eisenbahnknotenpunkt Tschotschiwon, 40 km nördlich von Taidschon, nach harten Kämpfen in ihren Besitz gebracht, ebenso Tanjang, im Mittelabschnitt der Front.

Der Plan der Amerikaner, im Gegenstoß mit schweren Panzern den Ansturm der koreanischen Volksarmee zum Stoppen zu bringen, ist völlig mißlungen. An einem Abschnitt der Front wurden nach eigenen Angaben 12 amerikanische Panzer vernichtet und der Durchbruch der koreanischen Volksarmee zum Kum-Fluß erzwungen. Das ganze Nordufer befindet sich in ihren Händen, nachdem die amerikanischen Interventionisten nach Verlust der gesamten nördlichen Verteidigungsstellungen auf das Südufer des Flusses übersetzten.

Taidschon, der Sitz des amerikanischen Hauptquartiers und die neue Hauptstadt der Marionettenregierung Singman Rhees, ist in den Mittelpunkt der Kämpfe gerückt. Die amerikanischen Streitkräfte treffen bereits Vorbereitungen zur Flucht aus der Stadt.

Das amerikanische Ausrüstungsmaterial für die Armee Singman Rhees ist nach deren Zerschlagung in den Kämpfen um Seoul und jetzt nördlich des Kum-Flusses in den Besitz der koreanischen Volksarmee gelangt. Ebenso die von den Amerikanern eingesetzten schweren Waffen, vor allem Artillerie und die von ihnen verwendeten Transportmittel.

Vormarsch auch an der Ostküste

Die koreanische Volksarmee dringt gleichfalls an der Ostküste weiter nach Süden vor. Die Aggressoren verfolgen mit Nervosität dieses Vordringen, denn ihr einziger Nachschubhafen Pusan wird von Tag zu Tag mehr gefährdet. Die amerikanischen Interventionisten sind am Kum-Fluß und in Taidschon nicht nur dem unmittelbaren Angriff der koreanischen Volksarmee ausgesetzt, sondern müssen auch befürchten, strategisch abgeschnitten zu werden.

Wilde Bombardements der USA-Luftstreitkräfte und Kriegsschiffe

Die Amerikaner versuchen — wie der koreanische Sender Pjongjang berichtet — durch wilde Bombardements ihrer Luftstreitkräfte und Kriegsschiffe ihre Niederlagen an der Front wettzumachen. In barbarischer Weise werden friedliche Fischerdörfer an der Ostküste unter Beschuß genommen.

Ein neuer „General", das koreanische Volk entdeckt!

Die bürgerliche Presse der Welt ist voll des Jammerns über die „großen Schwierigkeiten" die den amerikanischen Interventionisten in Korea begegnen. Viele „Generale" haben sie dabei schon entdeckt, die auf Seiten der koreanischen Volksarmee kämpfen. „General" Monsun, „General" Wetter, „General" schlechte Verkehrsverhältnisse und aufgeweichte Straßen haben wir längst kennengelernt. Was aber für die Interventionisten als Schwierigkeit existiert, ist ja auch für die koreanische Volksarmee vorhanden. Daraus zu konstruieren, daß die amerikanischen Interventionisten im Nachteil wären, um damit die Niederlagenserie der Amerikaner zu bemänteln, ist zu durchsichtig.

Jetzt hat man aber einen General entdeckt, der tatsächlich nur auf Seiten der koreanischen Freiheitskämpfer zu finden ist. Er heißt: das koreanische Volk in den Gebieten die noch unter der Faust der Interventionsmacht und dem Terror des Singman-Rhee-Regimes leben müssen. So einfach, wie wir das nun ausdrückten, wird es allerdings in der bürgerlichen Presse nicht dargestellt. Das Volk wird in eine „fünfte Kolonne" verwandelt.

Eine Infamie gegen das koreanische Volk

Die „Neue Zürcher Zeitung" gibt ein Beispiel der Infamie, wie dies gemacht wird. Sie schreibt: „... die Angreifer (gemeint ist die koreanische Volksarmee) verfügen nicht nur über eine vorzügliche Geländekenntnis, sondern genießen offenbar in ganz Südkorea die Unterstützung einer Organisation von Helfershelfern und Spionen". Aus dem Volk wird eine „fünfte Kolonne" und damit eine „Organisation von Spionen". Die Hinschlachtung von Tausenden aus der koreanischen Bevölkerung — 900 allein in Suwoen vor dem Abzug der Amerikaner und Singman-Rhee-Truppen — wird auf diese Art in eine Erschießung von „Spionen" umgefälscht.

Flugzeuge, Schiffe, Panzer und der Terror gegen die Zivilbevölkerung konnten nicht verhindern, daß die Interventionisten und ihre einheimischen Kreaturen, wie Singman Rhee, Tag für Tag die Geschlagenen in Korea sind. Sie werden nicht verhindern können, daß das koreanische Volk den Sieg über die ausländischen und einheimischen Volksfeinde erringt und seine nationale Einheit und Selbständigkeit durchsetzt.

Sowjet-Note verurteilt UN-Beschlüsse

(EB). Auf der Sitzung des Rumpf-Sicherheitsrates vom 7. Juli wurde eine dritte Resolution angenommen, in der vorgeschlagen wird, auf den Flugzeugen, den Kriegsschiffen und allen anderen im Kampf gegen das koreanische Volk eingesetzten Waffen die Flagge und die Embleme der UN anzubringen. In der Resolution ist vorgesehen, daß die USA einen Befehlshaber für die in Korea eingesetzten sogenannten UN-Streitkräfte ernenne Die Sowjetregierung stellt in einer Note an den UN-Generalsekretär Triegve Lie fest, daß diese Resolution des Rumpf-Sicherheitsrates, die in Abwesenheit von zwei ständigen Mitglieder des Rates, der Sowjetunion und China, angenommen wurde, rechtswidrig ist und eine direkte Unterstützung der bewaffneten Aggression gegen das koreanische Volk darstellt.

Dr. Dehler fordert Remilitarisierung

Augsburg. Die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee forderte der Bonner Justizminister Dr. Dehler am Sonntag auf einer Landesjugendtagung in Augsburg. Dr. Dehler meinte, es sei an der Zeit, „eine gesunde Elite aus der Kriegsgeneration" heranzubilden.

Adenauers Brotpreiserhöhung ist da

Preisbehörden erklären sich machtlos — Margarinesteuer seit langem geplant

Bonn. (EB.) Während die Protektoratsverwaltung sich noch bemüht, nach allen Seiten beschwichtigende Erklärungen abzugeben, haben die Interessenten die neue Situation, die die Bahn für eine Erhöhung des Brotpreises freimacht, prompt ausgenutzt. Während in der sogenannten Bundeshauptstadt tastend der Preis für ein Drei-Pfund-Brot um 12 Pfennige erhöht wurde, ordnete der Verband der Bäcker in Nordrhein-Westfalen eine durchschnittliche Preiserhöhung von 10 v. H. an, und die Bäcker Braunschweigs eine von 3 Pfg. für das Kilogramm Brot. Die Vertreter des Kabinetts wußten angeblich auf der Bundespressekonferenz von diesen Maßnahmen nichts, andererseits versuchten sie, mit dem Eingreifen der Preisprüfungsbehörden zu trösten. Die Preisprüfungsbehörde in Bonn dagegen erklärte auf Anfragen, daß sie keine gesetzlichen Handhaben zum Eingreifen besitze.

Das ist der Zustand, der von den Verfechtern der „freien Wirtschaft" zielbewußt angestrebt wurde. Aus den sich widersprechenden Erklärungen des Leiters der Bundespressestelle, Dr. Brand, und denen des Ministerialdirektors, Dr. Stab, vom Ernährungsministerium ging eines ganz klar als Wille der Protektoratsverwaltung hervor: „Wir sehen davon ab, Preise, auch keine Höchstpreise, und Handelsspannen für Mehl und Brot festzusetzen. Wir überlassen die Preisbildung der freien Wirtschaft und wünschen, daß die freie Konkurrenz sich auswirkt." Es gehört nur zu der seit langem geübten Beruhigungstaktik, wenn Dr. Stab erklärte, wir werden die Preisbewegung beobachten und im „geeigneten Zeitpunkt" einschreiten. Die Werktätigen jedoch bezahlen nach dem Willen der den Weltmarktpreis für Getreide bestimmenden amerikanischen Getreidemakler die ungerechtfertigten Brotpreiserhöhungen.

Auch die Einführung der sogenannten „Margarineausgleichabgabe" ist entgegen allen bisherigen Beteuerungen der Protektoratsverwaltung seit langem geplant. Ministerialdirektor Dr. Stab erklärte, daß schon im April die ersten Verhandlungen in dieser Frage mit der Margarineindustrie stattgefunden haben und daß diese mit der Erhebung einer Abgabe von DM 0,25 je kg einverstanden war. Trotzdem erklärten Dr. Adenauer und seine Minister in der Oeffentlichkeit und in Verhandlungen bis vor wenigen Tagen, es wird keine neue Fettsteuer eingeführt. Wenn die Werktätigen sich durch solche Täuschungsmanöver bisher vom Kampfe um höhere Löhne abhalten ließen, dann ist es jetzt die höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen.

Protestiert gegen Ausplünderungskurs der Millionärs-Regierung

Hausfrauen rühren sich — Proteststreiks können den Preistreibern Einhalt gebieten

Mannheim. (EB.) Die Frauenversammlung der Konsumgenossenschaft in Mannheim befaßte sich mit den neuerlichen Preissteigerungen. In einer Resolution gaben sie ihrem Unwillen über die Brot- und Margarinepreiserhöhung Ausdruck. Die Resolution lautet: „Die stark besuchte Frauenversammlung der Konsumgenossenschaft Mannheim nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ständigen Steigerung der Lebensmittelpreise. In Anbetracht der Unsicherheit der Existenz durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sehen die Versammelten mit großer Sorge der Zukunft entgegen und wenden sich an den Bundestag mit dem Ersuchen, dieser unheilvollen Entwicklung mit aller Macht entgegenzutreten."

Gemeinsame Protestkundgebungen Gebot

Frankfurt. (Nach dpa.) Der Deutsche Hausfrauenbund in Frankfurt wandte sich in einem Protest an die Bundesregierung gegen jede Verteuerung des von der Masse des Volkes so lange entbehrten Fettes. Auch eine befristete Margarineabgabe müsse abgelehnt werden.

Die kleinen Leute werden dadurch hart betroffen, während die Bonner Millionärsregierung Milliarden Steuergeschenke an die Schwerindustrie macht, hat sie kein Geld für Subventionen der wichtigsten Nahrungsmittel. Da infolge der Kriegsereignisse im Fernen Osten der Weltgroßhandel eine Steigerung der Preise für alle Nahrungsmittel durch Spekulation herbeigeführt hat, läßt sich das Maß der zu erwartenden Preissteigerungen noch nicht absehen.

Um so entscheidender ist, daß die Arbeiter und Angestellten, die Unterstützungsempfänger und Flüchtlinge durch gemeinsame Protestkundgebungen verhindern, daß die Schnitte Brot noch schmaler, der Margarineaufstrich noch dünner wird.

Nur die Durchführung eines Proteststreiks, wie er auf der Konferenz der Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen in Marl beschlossen wurde, kann den neuen Raubzug der Millionärsregierung auf die Taschen der kleinen Leute verhindern. Schnelles gemeinsames Handeln tut not!

Im Streiflicht gesehen

Seltenes Glück bei Autounfall

Osterode (Harz). (dpa.) Auf der schwierigen kurvenreichen Straße bei Riefensbeck im Südharz fuhr ein mit acht Personen besetzter Volkswagen durch ein Brückengeländer und stürzte fünf Meter tief in die Söse. Alle acht Insassen des Wagens kamen mit dem Leben davon. Zwei mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

17 Menschen aus Seenot gerettet

Bremen. (dpa.) Das Motorrettungsboot „Schlei" der Station Maasholm der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger rettete am Montag bei schwerem Südweststurm zehn Menschen von einem Fischerfahrzeug und zwei Yachten aus Seenot. Der Fischkutter „Else Maa 14", der mit schwerem Motorschaden in der westlichen Ostsee trieb, wurde in den Hafen von Schleimünde gebracht. Auerdem wurden die manöverierunfähig gewordene Hamburger Yacht „Jumar" und die schleswigsche Yacht „Sonderjydland" von See in den Hafen Schleimünde eingeschleppt.

Das auf Borkum stationierte Motorrettungsboot „Borkum" rettete am gleichen Tage bei schwerem Sturm sieben Menschen, die mit einem Boot Arbeiten an einem Seezeichen in der Emsmündung ausführen wollten.

Banditenjagd in Belgien

Brüssel. Die belgische Polizei und Gendarmerie hat eine Großfahndung nach zwei Pistolenschützen eingeleitet, die am Montagabend in Südbelgien mehrere Raubüberfälle verübten. Auf allen Straßen Belgiens werden strenge Kontrollen durchgeführt. In Tournai überfielen die Verbrecher eine Bauersfrau, als sie Wasser aus einem Brunnen schöpfte. Dann drangen sie in das Bauerngehöft ein. Sie banden die Bauerstochter auf einen Stuhl fest und schossen. Das Mädchen erlitt eine schwere Kopfverletzung. Kurze Zeit darauf überfielen die Banditen Radfahrer und Motorradfahrer in der Umgebung von Tournai. (Nach Reuter.)

Tularaemie der Kaninchen gefährdet Bevölkerung

Heidelberg. (Ld.) In der Gegend von Bad Mergentheim ist unter den Kaninchen eine Seuche ausgebrochen, die auch für den Menschen außerordentlich gefährlich werden kann. Es handelt sich um die der Beulenpest ähnliche Krankheit Tularaemie. Drei Personen sind bereits erkrankt. Wie vom amerikanischen Kreisvertreter in Heidelberg am Dienstag weiter mitgeteilt wird, ist die Bevölkerung von Bad Mergentheim darauf hingewiesen worden, daß schon die Berührung von kranken oder toten Kaninchen gefährlich ist. Man habe vielfach Kinder beobachtet, die kranke Kaninchen mit den Händen eingefangen hätten.

Diebstahl, um zum Strafantritt reisen zu können

Kopenhagen. (dpa.) Ein Mann, der wegen Hühnerdiebstähle zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, traf dieser Tage im Gefängnis von Kolding ein, um seine Strafe abzusitzen. Gleichzeitig aber kam aus seinem Heimatort ein Polizeibericht über neue Hühnerdiebstähle. Als man den Häftling fragte, ob er etwas darüber sagen könne, erklärte er: „Ja, das bin ich gewesen, ich mußte die Hühner stehlen, um mir das Reisegeld zum Gefängnis zu verschaffen." Der Richter verurteilte ihn zu weiteren sechzig Tagen Gefängnis.

Kerkerurteil für Friedenskämpfer Arno Freiberg

Französische Besatzungsmacht will die Friedensstimme ersticken — Entfacht eine Welle des Protestes

Neustadt a. d. H. (EB) Das französische Militärgericht 1. Instanz in Neustadt a. d. H. verhängte über den Friedenskämpfer Arno Freiberg aus Kaiserslautern das unglaubliche Urteil von zwei Monaten Gefängnis und 1000 DM Geldstrafe. Dies ist in kürzester Frist der dritte Fall, daß Friedenskämpfer in Rheinland-Pfalz mit Kerkerstrafen belegt werden, weil sie im Zentrum der Kriegsvorbereitungen Rheinland-Pfalz „unerwünscht" sind.

Der Tatbestand, der zur Verurteilung führte, ist folgender: Am 12. Mai 1950 sollte in Kaiserslautern eine Friedenskundgebung stattfinden, zu der die Stadtratsfraktion der KPD, der auch Arno Freiberg angehört, aufgerufen hatte, um gegen die Anlage des riesigen Munitions- und Sprengstofflagers bei Kaiserslautern zu protestieren. Diese Kundgebung wurde von der französischen Militärbehörde verboten und die deutsche Polizei brachte am Eingangstor der Fruchthalle zu Kaiserslautern die lakonische Mitteilung an, daß die Kundgebung ausfalle.

Dadurch sollte der Anschein erweckt werden, daß die Stadtratsfraktion der KPD nicht mehr zu ihren Worten stehe und in einer vorhergegangenen Stadtratssitzung über das Munitionslager die Unwahrheit gesagt habe. Arno Freiberg brachte im Einvernehmen mit der deutschen Polizei einen der Wahrheit entsprechenden Text an, nämlich, daß die Militärbehörde die Kundgebung verboten habe.

Es erfolgte eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern, daß Freiberg gegen das Gesetz verstoßen habe. Die Staatsanwaltschaft wollte das Verfahren einstellen, weil kein strafbarer Tatbestand vorlag. Darauf griff der französische „Hohe Kommissar" Francois Poncet ein und übergab den Fall dem französischen Militärgericht, das auftragsgemäß die Verurteilung vornahm.

Eine am gleichen Tage stattgefundene Verhandlung gegen fünf weitere Kaiserslauterer Friedenskämpfer mußte vertagt werden, weil das Militärgericht selbst keinen strafbaren Grund nachweisen konnte.

Nur der Protest aller friedliebenden Deutschen kann Arno Freiberg vor dem Kerker bewahren und kann verhindern, daß die Militärjustiz noch weitere Urteile gegen Friedenskämpfer ausspricht. Deshalb entfacht eine Welle des Protestes gegen dieses schändliche Urteil.

Gebt „Neues Leben" und „Unser Tag" frei!

Ludwigshafen. „Die Teilnehmer der FDJ-Kreiskonferenz am 9. Juli in Ludwigshafen protestieren mit aller Schärfe gegen die Unterdrückungsmaßnahmen fortschrittlicher Zeitungen in Rheinland-Pfalz. Die Volkszeitungen „Neues Leben" und „Unser Tag" haben durch ihr konsequentes und bedingungsloses Eintreten für den Frieden sowie durch die Entlarvung der schändlichen Kriegsvorbereitungen in unserer Heimat bewiesen, daß sie die Interessen unseres ganzen Volkes vertreten, sie haben damit der deutschen Jugend ein Beispiel gegeben, wie man den Kampf um den Frieden führen muß. Aus diesen Gründen, so heißt es abschließend in der Protestentschließung, fordern wir die sofortige Aufhebung des Erscheinungsverbotes gegen „Neues Leben" und „Unser Tag".

Auch die KPD-Betriebsgruppe „Halberg" nahm in ihrer Sitzung vom 11. Juli dieses Jahres eine Protestentschließung gegen das Verbot der Volkszeitung „Neues „Leben" und „Unser Tag" an, in der es u. a. heißt: „Aus der Erkenntnis der drohenden Gefahr eines neuen Weltkrieges, den die USA-Imperialisten durch den schändlichen Ueberfall in Korea heraufbeschwören möchten, aus der Erkenntnis der Notwendigkeit des verstärkten Kampfes um die Erhaltung des Friedens, fordern wir die sofortige Aufhebung des Verbotes gegen „Neues Leben" und „Unser Tag".

Tatsachen gegen Bonner Behauptungen

Hannover. Wie bereits in vielen anderen Städten Westdeutschlands haben gestern Bäckereien in Hannover die Brotpreise um durchschnittlich 4 Pfennig je Kilogramm erhöht.

Die Bäckerinnung hat es den Bäckereien überlassen, nach eigener Kalkulation den Brotpreis festzusetzen.

Brotpreiserhöhung durch Untergewicht

Bremen. Durch eine zehnprozentige Gewichtsverminderung haben die Bäcker in Bremen den Brotpreis indirekt erhöht. Die Bremer Mühlen und Bäckereien erklärten übereinstimmend, daß sie im Gegensatz zu der Auffassung des Bundesernährungs-Ministeriums keine zum alten Preise eingekauften Mehlvorräte mehr besitzen. Infolgedessen müsse sich der um 60 DM pro Tonne erhöhte Abgabepreis für ausländischen Weizen und für Roggen um 40 DM auf den Verbraucher auswirken.

Zur Abstimmung und zur Wahl am letzten Sonntag

Vom SID wird uns geschrieben:

Die reaktionären Kräfte in Westdeutschland und ihre anglo-amerikanischen Auftraggeber werden den Versuch machen, das Abstimmungsergebnis in Hessen und das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein vom vergangenen Sonntag als eine Vertrauenskundgebung für sich auszulegen und als eine Vollmacht für die Fortsetzung ihrer volksfeindlichen Politik. Dem muß von vornherein mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

In Hessen ist die Einrichtung des Volksentscheids benutzt worden, zu einem Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes selbst. Das Verhältniswahlsystem, das bisher in Hessen in der Verfassung festgelegt war, soll durch ein reaktionäres Wahlgesetz ersetzt werden mit dem Zweck, den Volkswillen in grober Weise zu verfälschen. Der Wahlrechtsraub richtet sich scheinbar allein gegen die Kommunisten. In Wirklichkeit ist er ein Anschlag auf die gesamte Bevölkerung in Hessen. Nur eine Minderheit der Wähler hat ihn mit einem Ja sanktioniert, nur eine Minderheit ist überhaupt zur Abstimmung gegangen. Es ist also ein Hohn auf die Demokratie, wenn die regierenden Parteien in Hessen die Vergewaltigung der Demokratie, die sie begangen haben, als einen demokratischen Akt auszugeben wagen.

Die in Hessen regierenden Parteien und ihre Presse haben es verstanden, das Interesse der breiten Volksmassen von der Bedeutung der Abstimmung abzuwenden. Die Kommunistische Partei, die in dem Abstimmungskampf als alleinige Vertreterin der demokratischen Volksrechte auftrat, hat nicht verstanden, das Manöver der Regierungsparteien zu durchkreuzen und die Massen zur Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes durch ein entschiedenes Nein bei der Abstimmung zu bewegen. Es ist ihr nicht gelungen, den Massen den Zusammenhang klar zu machen, der zwischen dem Kampf für die Verteidigung des Friedens und dem Kampf für die demokratischen Rechte des Volkes besteht.

Zu den Regierenden in Hessen gehören die rechten sozialdemokratischen Führer, die sowohl in der Regierung selbst, als auch in der Landtagsfraktion der SPD und in der Sozialdemokratischen Partei tonangebend sind. In Schleswig-Holstein waren die rechten sozialdemokratischen Führer allein in der Regierung. Sie haben noch kurz vor der Wahl das schon bestehende reaktionäre Wahlgesetz weiter verschlechtert. Damit sollte auch hier vor allem die Kommunistische Partei getroffen werden, auf die alle Verleumdung und alle Hetze losgelassen waren in den Wochen, die der Wahl voraus gingen.

Das Wahlergebnis ist eine Niederlage der SPD, die eine beträchtliche Einbuße an Stimmen und Mandaten hat. Gewinner sind der sogenannte „Deutsche Wahlblock", bestehend aus CDU, FDP und Deutscher Partei und eine Neue Partei der Flüchtlinge, unter Führung reaktionärer Elemente. So ist von den rechten sozialdemokratischen Führern wieder Wasser auf die Mühlen der Feinde des Volkes gegossen worden.

Schleswig-Holstein beherbergt Flüchtlinge in großer Zahl. Die rechten sozialdemokratischen Führer in der Regierung haben die Politik, die von Bonn unter Adenauers Zep-

(Fortsetzung auf Seite 2)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

ter angegeben worden ist, durchgeführt und so nichts getan, um die Not der Flüchtlinge zu beheben. Sie haben es nicht zuwege gebracht, der Massennot in Schleswig-Holstein zu steuern. Bei den vorigen Wahlen haben die Massen eine SPD-Mehrheit in den Landtag geschickt, mit dem Ergebnis der tiefen Enttäuschung der Massen heute, die sich in ihren Hoffnungen betrogen fühlen. Dieses Mal haben sie voller Illusion Parteien ihre Stimme gegeben, die sie wiederum betrügen werden. Das ist der Grund des Stimmenzuwachses des sogenannten deutschen Wahlblocks und der Flüchtlingspartei BHE. Die Kommunistische Partei in Schleswig-Holstein hat nicht genügend den Massen den Ausweg gezeigt, der in den Tatsachen liegt, die in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen worden sind. Dort ist in demokratischer Weise die Wirtschaft aufgebaut worden, indem eine wirkliche Bodenreform den Junkern das Land nahm und den Bauern gab, indem die Betriebe der kriegsschuldigen Monopolherren in des Volkes Hand gelegt wurden. Dort gibt es keine Erwerbslosigkeit. Dort sind die Umsiedler längst gleichberechtigte Bürger, sie sind in Wohnungen untergebracht, sind als Bauer, Arbeiter, Angestellte, als werktätige Menschen in der übrigen Bevölkerung aufgegangen. Durch diese Taten hat die Deutsche Demokratische Republik bewiesen, daß sie das ganze deutsche Volk vertritt.

Der Weg der Deutschen Demokratischen Republik ist auch der Weg zur Verteidigung des Friedens. Wenn diese Tatsachen den sozialdemokratischen, den christlichen und den parteilosen Arbeitern bekanntgemacht und erklärt werden, sodaß sie sie verstehen, wenn sie das, was in der Deutschen Demokratischen Republik für die Werktätigen errungen ist, zu ihren eigenen Zielen machen, wenn sie den Weg aufzeigen gegen das Doppeljoch der Ausbeutung für die Einheit und für Frieden, der in der Deutschen Demokratischen Republik für das ganze deutsche Volk gegangen wird, dann muß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse entstehen. Die Aktionseinheit der kommunistischen, der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter muß in Westdeutschland geschaffen werden zur Aechtung der Atombombe, zur Verteidigung des Friedens, zur Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes und zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratische Weise.

Die Kommunisten können gewiß sein, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse entstehen, daß die Nationale Front des demokratischen Deutschland auch im Westen wirksam werden wird, wenn sie selber mit aller Kraft sich dafür einsetzen, sie zu schaffen. Daß ihr Einfluß viel weiter reicht, als er sich in Stimmenzahlen ausdrückt, dafür gibt es zahlreiche Beweise, und gerade in Schleswig-Holstein hat es sie jetzt gegeben, wo in Kreisen, in denen es nicht mehr als 30 Kommunisten gab, 300 Werktätige und mehr die kommunistischen Listen mit ihren Namen unterzeichneten, darunter Sozialdemokraten, darunter Umsiedler, die durch ihr Eintreten das antidemokratische Wahlgesetz, das die Kommunisten von der Wahl überhaupt ausschließen sollte, unwirksam machten.

Die Kommunisten müssen mutig und kühn den Ausweg weisen, den Weg eines demokratischen und friedlichen Deutschlands, der in der DDR gegangen wird. Wenn sie das tun, dann werden sie Erfolge im Kampfe um den Frieden und die Befreiung und demokratische Einigung unseres Vaterlandes erzielen.

Erweiterter Ost-West-Handel?

Frankfurt. (dpa) Die für den Ost-West-Handel zuständigen Beamten der amerikanischen Hohen Kommission befürworten ein neues Interzonen-Handelsabkommen. Sie sind der Auffassung, daß das am 30. Juni abgelaufene Abkommen nicht nur verlängert, sondern in eingehend überarbeiteter Form erneuert werden könne. Man glaubt, daß ein neues Interzonenhandelsabkommen, wie es vor allem von der Schwerindustrie des Ruhrgebietes gefordert wird, dringend notwendig ist.

Deutsche Flieger für Korea angeworben

Westdeutschland darf kein Rekrutierungsfeld für Landsknechte werden — Werktätige, verstärkt den Kampf um den Frieden

Düsseldorf. Dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, „Freies Volk", entnehmen wir: „Ehemalige Fallschirmjäger aus Hitlers Wehrmacht, die sich in Westdeutschland zur französischen Fremdenlegion gemeldet haben, wurden in den letzten Tagen von einem britischen Büro aufgefordert, unmittelbar bei den Einheiten der französischen Luftwaffe zu erscheinen. Diese Fallschirmjäger sollen in Marokko eine nochmalige kurze Ausbildung erhalten, um dann in Vietnam oder in Korea eingesetzt zu werden."

Diese Meldung entnehmen wir der in den Niederlanden erscheinenden Tageszeitung „De Waarheid" vom 8. Juli 1950.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung erscheint uns der Fall des ehemaligen Oberfähnrichs und Flugzeugführers bei der früheren Wehrmacht Günther Müller sehr aufschlußreich. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft kam Günther Müller nach Wuppertal. Der aus Magdeburg gebürtige und bis zu seiner Einberufung in dieser Stadt wohnende junge Mann ist der Sohn eines Divisionskommandeurs mit Generalsrang, der im Kriege gefallen ist. In den letzten Tagen des vergangenen Monats fand er im „Wilhelmswerk" in Wuppertal-Vohwinkel als Packer Arbeit. Seinen Arbeitskollegen erzählte er, daß er sich bei britischen Dienststellen in Wuppertal und später in Düsseldorf freiwillig zur Militärdienstleistung gemeldet habe. Am 3. Juli fuhr Günther Müller nach Düsseldorf, weil er nach seinen Angaben sich bei einer alliierten Stelle melden müsse. Hier will er eine Fahrkarte erhalten haben mit der ausdrücklichen Anweisung, einen Tag später sich in Frankfurt zu melden. Von Frankfurt aus würde er mit anderen jungen Männern, die wie er in der deutschen Luftwaffe gekämpft hätten, zur weiteren Ausbildung nach Aegypten geleitet werden, um einige Wochen später in Korea eingesetzt zu werden.

Am 3. Juli brachte die CDU-Zeitung „Rheinische Post" einen Artikel mit der Ueberschrift „Ungenügendes Dementi", in dem den britischen Dienststellen vorgeworfen wird, im französischen Auftrag die zur französischen Luftwaffe vorgemerkten Anwärter über ihre Einberufung zu verständigen. Dieser CDU-Protest ist ein unfreiwilliges Eingeständnis der Remilitarisierungspolitiker um Adenauer, daß Deutsche als Landsknechte zu Kriegsdiensten in fremden Ländern geworben werden.

Die Werktätigen in Westdeutschland haben somit alle Veranlassung, ihre Anstrengungen um die Sicherung des Friedens zu vervielfachen. Ein erster Schritt hierzu ist die Bildung von Friedenskomitees in den Betrieben und die Unterschriftleistung für die Stockholmer Beschlüsse zur Aechtung der Atomwaffe.

Zusammenarbeit Adenauer - Schumacher

Bonn. (EB) Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher stattete heute morgen dem Chef der Bonner Verwaltung. Dr. Adenauer, einen Besuch ab. Die Unterhaltung, an der auch der außenpolitische Berater der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Gerhard Lütkens, teilnahm, dauerte fast zwei Stunden. Wie wir erfahren, sind die Besprechungen zwischen Adenauer und Schumacher zur gegenseitigen Zufriedenheit verlaufen. Nachdem Schumacher seine ursprüngliche Ablehnung der Beteiligung am Europarat aufgegeben hat, besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU, insbesondere in der Forcierung des Schuman-Plans. Bei den Beratungen stimmte Schumacher der von Adenauer festgelegten Linie der Einbeziehung Westdeutschlands in die amerikanischen Kriegsvorbereitungen zu.

Auch innenpolitisch herrschte weitgehende Uebereinstimmung in bezug auf die Fragen sozialer Erschütterungen. Man scheint übereingekommen zu sein, jede Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen Fettsteuer und Brotpreiserhöhung einzudämmen, um die „innere Ordnung" zu garantieren.

Wie sich Adenauer täuschte

Uelzen. (EB) Wenn Adenauer geglaubt hatte, den ehemaligen Landwirtschaftsminister von Niedersachsen, Dr. Gereke, durch seinen Ausschluß aus der CDU politisch zu liquidieren, so hat er sich gründlich getäuscht. Im Kreise Uelzen sind aus der CDU wiederum 143 Mitglieder ausgetreten, die sich hinter Dr. Gereke stellten.

Zehn geschlossene CDU-Ortsverbände mit ihren Vorständen, Stadtrats- und Kreistagsmitgliedern haben die CDU verlassen. Es ist damit zu rechnen, daß Dr. Gereke eine neue Partei gründet.

Die Hilfe, die Dr. Gereke der niedersächsischen Landwirtschaft und der Konservenindustrie zuteil werden ließ, als er mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, einen Handelsvertrag abschloß, ist in Niedersachsen unvergessen. Die Forderung nach einer handelspolitischen Umorientierung Westdeutschlands nach der DDR und den Volksdemokratien findet nicht nur in der Umgebung Gerekes, sondern in allen Kreisen der Wirtschaft und der Werktätigen verstärkte Zustimmung.

Für die Kommunisten stimmten in Dünkirchen 50 Prozent

Paris. Das Anwachsen der Massenbewegung für eine Regierung der demokratischen Einheit, die mit der Unterordnung unter die USA und der Politik der Kriegsvorbereitung und Verelendung Schluß macht, kommt zum Ausdruck in der Serie von Wahlerfolgen der Kommunistischen Partei. Bei den Wahlen des Generalrates in der Stadt Marchiennes (Departement Nord) erhielt der kommunistische Kandidat Gailland mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Auf Gailland, der 1947 vom damaligen SP-Innenminister Moch wegen Unterstützung von Streikenden abgesetzt worden war, entfielen 8436 von insgesamt 16 352 Stimmen.

Auch in Dünkirchen wurde der von Moch abgesetzte kommunistische Kandidat wiedergewählt. Er bekam mehr Stimmen als die SP, die Volkspartei und die neofaschistischen Gaullisten zusammen.

Pleven wird nicht lange regieren

Wieder eine Regierung gegen das Volk in Frankreich

Paris. (EB). Der ehemalige Kriegsminister Pleven hat in der französischen Nationalversammlung als neuer Ministerpräsident gegen die Stimmen der Kommunisten, mit denen der Sozialisten das Vertrauen erhalten. Gestern morgen wollte Pleven mit seiner Ministerliste fertig sein und sie dem französischen Staatspräsidenten vorlegen. Das ist ihm jedoch nicht geglückt.

In dem neuen Kabinett werden die Sozialisten vertreten sein.

Die Pariser „Humanite" bezeichnet Pleven als Vertreter der von den USA verfolgten Politik des nationalen Ausverkaufs und der nationalen Rechtlosmachung des französischen Volkes. Von der Regierung Pleven sei nur eine Verstärkung der schon von der Regierung Bidault betriebenen Politik des Elends und des Krieges zu erwarten. Damit sei aber von vornherein die Verstärkung des Widerstandes durch das französische Volk gegeben, der zum Sturz der Regierung Bidault geführt hat.

Daß die Sozialisten Pleven ihre Stimmen geben mußten, zeigt, in welch beschämender Lage sie sich befinden. Ein Nein oder auch nur eine Stimmenenthaltung hätte das Kabinett Pleven bereits am ersten Tag wieder gestürzt. Die sozialistischen Führer scheuten die Folgen, die mit größter Wahrscheinlichkeit in einer Auflösung der Nationalversammlung und der Notwendigkeit von Neuwahlen bestanden hätte, vor denen sich die sozialistischen Führer in Frankreich genau so wie die reaktionären Parteien und die amerikanischen Hintermänner fürchten. Ersatz- und Teilwahlen, die in Städten und Gemeinden in Frankreich in den letzten Monaten durchgeführt worden sind, haben nicht nur stets erwiesen, daß die Kommunistische Partei die stärkste ist, sondern auch, daß sie gegenüber früheren Wahlen beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat.

Neuer Proteststreik gegen Rückkehr Leopolds

Brüssel. (dpa). Im belgischen Industriegebiet von Charleroi begann am Mittwoch ein 24stündiger „Warnstreik" gegen die Rückkehr König Leopolds auf den belgischen Thron. Gewerkschaftsfunktionäre erklärten, daß der Streikaufruf allgemein befolgt werde Kohlengruben, Maschinenfabriken, Eisenwerke, Glasfabriken und die Oeffentlichen Dienste seien betroffen. In Charleroi selbst verkehrten keine Straßenbahnen. Warenhäuser und ein Teil der Läden waren geschlossen

Keine Hand für Rüstungsarbeit

USA-Mobilmachung und Wasserstoffbombe für „Polizeiaktion"

Washington. Nachdem seitens der USA-Regierung im Weißen Haus am Donnerstag verkündet worden war, daß die Vereinigten Staaten nicht daran dächten, mobil oder auch nur teilmobil zu machen, wurde am Freitag von Präsident Truman angeordnet, die amerikanischen Streitkräfte auf die im Budget als Höchstgrenze genehmigte Zahl von etwas mehr als zwei Millionen Mann zu verstärken. Alle wehrfähigen Männer im Alter von 19 bis 25 Jahren werden eingezogen. Darüber hinaus ruft die Regierung alle anderen wehrfähigen Männer auf, sich freiwillig zu melden.

Wie weit diese Anordnungen noch mit einer „Polizeiaktion" in Einklang zu bringen sind, wie Truman den amerikanischen Ueberfall auf Korea nannte, bleibt das Geheimnis des Weißen Hauses.

Am gleichen Tage forderte Truman vom Kongreß die Bewilligung von weiteren 260 Millionen Dollar für die Entwicklung der Atomwaffen.

Von der Gesamtsumme der geforderten Gelder sind allein 4,5 Millionen Dollar für das sogenannte Auslandshilfeprogramm und für die Weiterführung des Marshallplans vorgesehen. Eine weitere schwere Last für den amerikanischen Steuerzahler stellen rund 14,3 Milliarden Dollar dar, die Präsident Truman für militärische Zwecke gefordert hat. Zu der Gesamtsumme von 34,6 Milliarden kommen die 260 Millionen Dollar für die Steigerung der Produktion von Atombomben und für die beschleunigte Entwicklung der Wasserstoffbombe.

Der amerikanische Krieg

Das „Programm der Härte"

Zweifellos würden es die Imperialisten lieber sehen, wenn sie Siegesmeldungen von der koreanischen Front berichten könnten. Ihr Herz würde lachen, wenn sie melden könnten, daß sich die amerikanischen Truppen im Vormarsch auf die sowjetische und chinesische Grenze befinden würden und daß sich der „freie Westen" überlegen gezeigt hätte.

Da dies aber nicht der Fall ist und sie den Rückzug der amerikanischen Truppen vor der Volksbefreiungsbewegung in Korea nicht verschweigen können, versuchen sie, aus der Not eine Tugend zu machen. Sie hoffen, den Rückzug der amerikanischen Truppen dazu ausschlachten zu können, im amerikanischen Volk und in den anderen Völkern des angeblich freien Westens jene Stimmung erzeugen zu können, die notwendig ist, um das gesamte Wirtschaftsleben so dem Kriege unterordnen zu können, wie dies während der Nazizeit in Deutschland der Fall war. Sie hoffen dadurch die Lebenshaltung der breiten Massen senken, den Steuerzahlern noch mehr aus der Tasche ziehen und die demokratischen Freiheiten des Volkes, insbesondere der Arbeiter, vollends abschaffen zu können.

Beinahe so als ob es über den Verlauf des Krieges in Korea zufrieden wäre, schreibt das britische Finanzblatt „The Economist" am 8. 7. 1950:

„Die koreanische Episode ist rechtzeitig gekommen um den Demokratien jenen Auftrieb zur Dringlichkeit und zum Erfindergeist zu geben ohne den ihre Politik des Widerstandes immer zu wünschen übrig gelassen hätte. Wer weiß, wie lange es dem Gedanken der Verteidigung des Westens ohne das Wachrütteln von Korea weiter möglich gewesen wäre, in relativer Unwirksamkeit dahinzusiechen? Wer weiß, wie lange die Regierungen aus Furcht vor ihren Wählern noch gezögert hätten? Jetzt ist die Warnung in einer Sprache erteilt worden, die niemand falsch verstehen kann."

Der republikanische Präsidentschaftskandidat bei der letzten amerikanischen Präsidentenwahl, Dewey, ging sogar soweit, der Regierung zu empfehlen, sie solle „eine vollkommene, freimütige und ehrliche Erklärung" abgeben, daß die „freie Welt" den „kalten Krieg" verloren hat. Nur auf diese Weise glaubt er, daß es möglich sei, vom amerikanischen Volk die Zustimmung zu einem „Programm der Härte, der Opferung seines Luxuses, seiner Bequemlichkeit und selbst seiner lebensnotwendigen Dinge" zu erhalten. Den Auftakt zu diesem „Programm der Härte" hat Deweys Parteifreund und Trumans Ratgeber John Foster Dulles am „Tag der Unabhängigkeit" in einer Rede in Washington gegeben als er, einer der Hauptgewinnler an den 52 Milliarden Dollars, die die USA-Imperialisten im letzten Krieg zusammen schacherten, unter Mißbrauch der bedauernswerten amerikanischen Soldaten, die für den ungerechten Krieg gegen das um seine Unabhängigkeit ringende koreanische Volk sterben müssen, vom amerikanischen Volk forderte:

„Wir müssen alle unseren Preis bezahlen ... Wir dürfen uns nicht davor fürchten, opferreich und sogar gefährlich zu leben."(das „vivere pericolosamente", zu deutsch gefährlich leben, ist wörtlich von Mussolini übernommen, SID).

Wie dieses „Programm der Härte" aussehen soll, das die Riesengewinnler des letzten Krieges dem amerikanischen Volk und dem von ihnen abhängigen Völkern zumuten wollen, um in einem dritten Weltkrieg noch höhere Profite einstreichen zu können, deutete Dewey an, als er forderte:

„alle Bundesausgaben einzustellen, die nicht wesentlich für die Stärke der Nation in einer Periode der Weltkrise sind".

Dabei erhob er den Vorwurf, daß in den USA „die gewohnte Politik, das gewohnte Geschäftsleben und die gewohnten Streiks" weiter gehen, als ob nichts geschehen wäre. Mit anderen Worten, er will mit Rücksicht auf den amerikanischen Krieg, aus dem nur das kleine Häuflein amerikanischer Imperialisten Profite zieht, den amerikanischen Arbeitern verbieten, um mehr Lohn zu streiken. Er will mit Rücksicht auf den Krieg der amerikanischen Imperialisten bestimmte Industrien, die für die Kriegsführung nicht notwendig sind, lahm legen, genauso wie dies in Deutschland im Interesse der Führung von Hitlers Angriffskrieg geschah.

Am kaltblütigsten zeigte wiederum der „Economist" auf, was die Imperialisten mit ihren eigenen Völkern vorhaben, als er am 8. 7. 50 schrieb:

„Die Entscheidung, die Bewaffnung der freien Welt auszudehnen, schließt eine völlige Aufgabe anderer sozialer Ausgaben in sich ein." (Als ob die Kriegsführung zur Unterwerfung friedliebender, ihre nationale Unabhängigkeit verteidigender Völker und zur Erhöhung der Profite der Wallstreet eine soziale Aufgabe wäre! SID)

Und um besonders deutlich zu werden, griff der „Economist" sogar wörtlich die Göringsche Formulierung auf:

„Die Wahl für Kanonen bedeutet weniger Butter".

Der deutsche Leser, dem diese Sprache nicht unbekannt ist, sollte sich seinen Vers dazu machen. Er sollte sich einmal überlegen, welche Abgaben die Imperialisten, die schon heute dem deutschen Werktätigen durch Besatzungskosten ein Viertel bis ein Fünftel seines Einkommens schmälern und ihm die Erhöhung des Brot- und Margarinepreises zumuten, ihm erst zumuten werden, wenn sie schon den Gürtel ihrer eigenen Herrenvölker so eng schnallen müssen, um überhaupt den Versuch machen zu können, den Fortschritt aufzuhalten. Diese nüchterne Ueberlegung sollte in der Bevölkerung Westdeutschlands den Sinn für die Notwendigkeit verstärken, sich mit dem Kampf der friedliebenden um ihre nationale Unabhängigkeit ringenden Völker gegen den amerikanischen Krieg durch die Einreihung in die große Weltfriedensbewegung zu solidarisieren. F. U.

Bankrotte Finanzen

Von Fritz Rische, M. d. B.

Die Finanzlage in Westdeutschland ist insbesondere überschattet durch die außerordentlich hohen Ausgaben für Besatzungskosten. Die Bonner Regierung, die bei allen politischen Entscheidungen von den Hohen Kommissaren und ihren Machtsprüchen abhängig ist, verfügt in keiner Weise über eine eigene Finanzhoheit. So entfällt der weitaus größte Teil der Bundesausgaben auf Besatzungskosten, Verzinsung der Ausgleichsforderungen (etwa 130 Millionen DM) Berlin-„Hilfe" (die in der Denkschrift Schäffers mit „nur" 300 Millionen DM angegeben ist) also auf Auflagen, die mit dem Besatzungsregime, seinen Gesetzen und Folgen zusammenhängen.

Die Milliardenbeträge zum Unterhalt der Besatzungsmächte, für die umfangreichen Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland, werden ebenfalls in erster Linie aus dem Steueraufkommen der Werktätigen gedeckt. Diese Milliardenbeträge für die Besatzungsmächte sind der westdeutsche Beitrag zur Finanzierung der Atlantik-Pakt-Armee und werden u. a. zum Ausbau von Flugplätzen, der Anlage von Manövergelände, der Vorbereitung von Sprengungen und dergleichen mehr verwendet.

Von den rund 11 Milliarden Deckungsmittel des Bundes, machen die in der Denkschrift Schäffers angegebenen 4,55 Milliarden Besatzungskosten, rund 41 Prozent aus. Dieser Posten ist jedoch völlig unklar und dürfte wesentlich höher werden, nicht zuletzt durch die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland. So hat sich besonders in den Ländern der französischen Zone ein System sogenannter Pauschalzahlungen an die Besatzungsmacht entwickelt, deren Zweckbestimmung den deutschen Behörden vorenthalten wird. Aber gerade in den Ländern der französischen Zone sind die Kriegsvorbereitungen besonders intensiv. Es sei nur an die Sprengvorbereitungen im Rheinland erinnert, so daß über die Verwendung dieser „Pauschalbeträge" für Kriegszwecke kein Zweifel bestehen kann.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Behandlungsmethoden der Hohen Kommissare ihren Bonner Vasallen gegenüber. Die Hohen Kommissare haben für das Jahr 1950 zum ersten Male einen Besatzungskostenhaushalt aufgestellt. Dieser Haushalt ist eine Zwangsauflage der mit seinen 4,05 Milliarden DM die tatsächliche finanzielle Besatzungslast nicht in vollem Umfange erfaßt. Die Hohen Kommissare haben einen Teil der tatsächlichen Aufwendungen die Anerkennung als Besatzungskosten versagt und ihre Deckung dem allgemeinen öffentlichen Haushalt überlassen. Darunter entfallen die Kosten für die 450 000 Angestellten und Arbeiter der Besatzungsmächte im Betrage von rund 100 Millionen DM. Das gleiche gilt für die Kosten zum Unterhalt der faschistischen DP's. Nicht enthalten im Zwangsetat sind ferner für die auf Anordnung der Besatzungsmächte durchzuführenden Wohnungsbauten und die damit zusammenhängenden Grunderwerbs- und Aufschließungskosten. Alle diese Kosten sind insgesamt derart hoch, daß unbedingt mit einer wesentlichen Erhöhung des Besatzungshaushaltes zu rechnen ist. Die führende westdeutsche Wirtschaftszeitung die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" gibt dies unumwunden in ihrer Ausgabe vom 14. Juni 1950 zu. Sie nimmt zu dieser Frage folgendermaßen Stellung:

„Vor wenigen Tagen hat der Bundesfinanzminister eine Uebersicht über seinen Haushalt für das Rechnungsjahr 1950 bekanntgegeben. Bedenken müssen entstehen, wenn man überlegt, daß es sowohl unter den Einnahmen, als auch unter den Ausgaben Posten gibt, die mehr als fiktiv sind. Die große Unbekannte auf der Ausgabenseite ist die Besatzungsmacht."

Wie die Zeitung weiter feststellt, sollten ursprünglich die westdeutschen Besatzungskosten „nur" 4 Milliarden DM betragen. Sie wurden jedoch dann bald wieder auf 4,55 Milliarden DM erhöht und jetzt sei festzustellen, daß auch dieser Betrag weit unter den tatsächlichen Kosten liegen werde. In der Zeitung heißt es wörtlich weiter:

„Alles in allem dürfte ein Gesamtbetrag von etwa 5,2 bis 5,3 Milliarden DM der Wirklichkeit näher kommen. Der Bundesfinanzminister sollte schnell der deutschen Oeffentlichkeit sagen, was es wirklich mit dem Besatzungskostenhaushalt auf sich hat . . .

Es scheint, daß nicht nur auf dem Bundeshaushalt eine Hypothek liegt, deren Höhe nicht genau bekannt ist, sondern daß diese Hypothek auch den Steuerzahler betrifft."

Diese Hypothek, von der die bekannte westdeutsche Wirtschaftszeitung schreibt, die den Steuerzahler in Westdeutschland so schwer belastet, ist der Preis für die Spaltung Deutschlands und für die Einbeziehung Westdeutschlands in die Kriegsvorbereitungen der westlichen Alliierten. Diese Hypothek belastet aber auch auf das Schwerste den westdeutschen Sozialetat.

Es ist mehrfach selbst von bürgerlichen Fachleuten zugegeben worden, daß der Sozialetat in Westdeutschland einschließlich Wohnungsbau etwa den Fehlbetrag von rund 5 Milliarden DM aufweist. Bei rund 13 Millionen Beschäftigten und 20 Millionen Erwerbstätigen in Westdeutschland, müssen 15 Millionen Sozialversorgte mit unterhalten werden.

„Die Welt" vom 7. Juni 1950 zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die ursprünglichen Schätzungen des Staatsdefizits auf 900 Millionen DM sich als zu niedrig erwiesen. Sie stellt fest, daß auch die Finanzen der Länder nicht mehr ins Gleichgewicht gebracht werden können. Die Schlußfolgerung dieser Zeitung lautet:

„Die Taschen sind also leer. Das gibt aber niemanden das Recht, die vom Krieg materiell am schwersten Betroffenen ständig mit leeren Versprechungen hinzuhalten."

In die Sprache des Volkes umgesetzt heißt dies, daß alle Versprechungen zur Durchführung des Lastenausgleichs, des sozialen Wohnungsbaus, der Aufbesserung der Renten der Kriegs- und Körperbeschädigten, auf Einordnung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß wie Seifenblasen zerplatzt sind.

Die finanzielle Pleite des westdeutschen Separatstaates, die noch überschattet wird von einer Verschuldung, die nach vorsichtigen Schätzungen 16 Milliarden DM beträgt, wird von der Adenauer-Regierung mehr und mehr genutzt, um an den Aufwendungen für die Opfer der räuberischen Kriegs- und Wirtschaftspolitik starke Abstriche vorzunehmen. Finanzminister Schäffer äußerte sich erst kürzlich vor der Nürnberger Industrie- und Handelskammer: Westdeutschland entwickelt sich immer mehr und mehr zu einem „Sozialstaat", in dem für andere Zwecke keine Mittel mehr bleiben. Er gab damit zu verstehen, daß die Aufwendungen für Renten und dergleichen mehr zur Deckung des Defizits herangezogen werden sollten.

Die Folgen der Bankrottspolitik in Bonn sollen somit auf die kleinen Kapitalisten, die Bauern, die Rentner, die Handwerker, die Gewerbetreibenden und die Arbeiterklasse Westdeutschlands abgewälzt werden. Die Werktätigen in Westdeutschland müssen somit die Kosten der Spaltung Deutschlands, den Unterhalt der Besatzung und die Kriegsvorbereitungen durch Milliardenbeträge bezahlen, während zu gleicher Zeit die Großfirmen und die Konzerne riesige Steuergeschenke und sonstige Vergünstigungen erhalten. Der Kampf für die Einheit unseres Vaterlandes, der Kampf gegen das westdeutsche Besatzungsregime für den Abzug der Besatzungstruppen ist in einer großen Nationalen Front somit eine Lebensfrage für die breitesten Schichten des westdeutschen Volkes.

(Weitere Artikel über die bankrotte Finanzpolitik des westdeutschen Separatstaates von Fritz Rische folgen.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kriegsfackel über Korea – Erzwingt den Frieden!

Die Wahrheit über Korea

Seit 1948 haben die südkoreanischen Machthaber ihren Angriff auf Volkskorea angekündigt

Seit über 2 Jahren hat sich das Syngman-Rhee-Regime offen nicht auf seine Verteidigung, sondern ganz einfach auf die Eroberung Nordkoreas vorbereitet. Folgendes beweist es:

Bereits am 18. Dezember 1948 kabelte der Korrespondent der sehr offiziösen Agentur FRANCE-PRESSE in Seoul folgendes Telegramm nach Paris:

„Herr Tschang Tai Ksang, der Außenminister von Südkorea, hat heute früh eine Pressekonferenz abgehalten, in deren Verlauf er gedroht hat, das kommunistische Regime Nordkoreas mit der Gewalt der Bajonette zu stürzen, um die irredentistischen Gebiete wiederzuerlangen und die dort befindlichen Verräter zu bestrafen."

‚Der Minister hat betont, die Vereinten Nationen hätten die südkoreanische Regierung als ‚einzige legale Regierung Koreas' anerkannt und hat erklärt: ‚Nordkorea gehört uns. So bald wie möglich werden wir, wenn sich eine friedliche Lösung nicht tunlich erweist, unsere Truppen zur Eroberung Nordkoreas aussenden. Mit dem nordkoreanischen Regime werden wir nie als mit einer legalen Regierung oder Obrigkeit verhandeln ...'

‚Die Regierung Nordkoreas wird', hat er ausdrücklich hinzugefügt, ‚dem Gesetz entsprechend als Verschwörerbande gegen die Sicherheit des Staates abgeurteilt werden.'

Dann hat der Minister noch erklärt, der Ausdruck ‚Vereinigung von Norden und Süden' würde von nun an in der Amtssprache durch die Bezeichnung ‚Wiedererlangung der irredentistischen Gebiete' ersetzt werden."

Drei Wochen vorher hatte der amerikanische General Coulter bekanntgegeben, es befinde sich „jetzt in jeder koreanischen Heereseinheit ein amerikanischer Offizier".

Die aus 500 amerikanischen Spezialisten bestehende amerikanische Mission in Seoul (die stärkste amerikanische Mission im Ausland) befehligte die gesamte südkoreanische Armee von 200 000 Mann. Sie hatte sogar eine Marine, eine Infanterie, eine Generalstabs- und eine Uebergangsschule geschaffen. Die in amerikanischen Uniformen gekleideten Mannschaften wurden mit amerikanischem Kriegsmaterial ausgebildet. Noch deutlicher drückte sich der Korrespondent der „New York Times" aus, als er am 30. 5. d. J. schrieb:

„Dem Wunsche der koreanischen Regierung (des Südens) nach Ratschlägen entsprechend, sind 95 Prozent der koreanischen Offiziere von den Amerikanern ausgesuchte Leute."

Kurz gesagt, kann, das Heer, das der Außenminister von Südkorea zur Eroberung Nordkoreas auszusenden beschlossen hatte, als ein richtiges amerikanisches Kolonialheer angesprochen werden.

Niemand bestreitet diesen Charakter der obenerwähnten Armee.

Hungersnot

War denn Syngman Rhees Korea etwas anderes als eine amerikanische Kolonie?

Bestimmt nicht. Vollkommen richtig angewendet ist diese Bezeichnung Kolonie, haben doch die Amerikaner mit Fleiß in (dem doch schon von Natur im wesentlichen ackerbautreibenden) Südkorea jegliche Industrie zum Verschwinden gebracht. So sank die Stahlproduktion Südkoreas, die 1944 75 000 t betrug, im Jahre 1947 auf 8 072 t herab. Und im ersten Viertel des Jahres 1950 hat Südkorea nicht eine Tonne Stahl produziert.

Südkorea wurde dem „Kalten Krieg" geopfert. Tatsächlich hat General McArthur, der Japan den Handel mit China, seinem natürlichen Lieferanten in Lebensmitteln und Erz, untersagte, von Südkorea verlangt, sich ganz der Landwirtschaft zu widmen, um möglichst viele Japaner ernähren zu können.

Die Folgen dieser Politik sind für Südkorea verheerend gewesen. Obwohl es ein Land mit unendlich großen Reisfeldern ist, herrscht dort katastrophaler Reismangel, und das um so mehr, als in dem Lande keinerlei wahre Bodenreform durchgeführt worden ist.

Geheimnisvolle Vergangenheit von Syngman Rhee

Um diese Politik durchzuführen, wendeten sich die Amerikaner an einen alten koreanischen Verbannten, Syngman Rhee, der seitdem den Beinamen „der furchtbare Alte" erhalten hat.

Die atlantischen Presseagenturen, die uns so genau berichten, welche Mütze General McArthur an dem und dem Tage getragen hat, haben sich wohl gehütet, uns Einzelheiten über Syngman Rhees Werdegang zu liefern. Trotzdem konnten wir folgendes in Erfahrung bringen:

33 Jahre lang hat er in Amerika und Europa recht angenehm gelebt (luxuriöse Autos und Hotels und viele Reisen) dank seinem erfinderischen Geist und seiner Skrupellosigkeit. Da er im Namen einer schemenhaften „koreanischen Exilregierung" auftrat, hat er es wirklich verstanden, die patriotischen Empfindungen der „verarmten Koreaner" — der Ausdruck trat zuerst in den „Korean Herald News", einem in den USA erscheinenden Blatt, auf, — auszunutzen, unter denen er Sammellisten rundgehen ließ „für die Propaganda zugunsten Koreas". Mit diesem Dollar auf Dollar angehäuften Geld hat er 30 Jahre lang gelebt und gereist und hin und wieder einen Vortrag gehalten.

Im Jahre 1943, wo er in den USA wohnhaft war, hielt er eine Pressekonferenz ab, in der er Präsident Roosevelt heftig angriff, und die Beschlüsse von Jalta und das Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Faschismus kritisierte.

Endlich hat die in den Vereinigten Staaten erscheinende koreanische Wochenschrift „Los Angeles Korean Indepence" am 7. 11. 44 berichtet, Syngman Rhee habe einer Gruppe amerikanischer Geschäftemacher versprochen, wenn er Präsident von Korea würde, dann würde er sie 200 Millionen Dollar in der Bergbauindustrie Koreas investieren lassen. Als Gegenleistung strich Syngman Rhee damals eine Million Dollar ein, um ihm die Möglichkeiten zur Stärkung seiner Kandidatur zu verschaffen.

Diese amerikanischen Geschäftsleute waren mit dem „Komitee der katholischen Missionen im Auslande" liiert.

Die Gehenkten

Bis in die letzten Wochen hatte sich Syngman Rhee, gestützt auf 80 000 mit Maschinengewehren bewaffneten und in Jeeps fahrenden Polizisten, schlecht und recht an der Macht gehalten.

90 Prozent der Bevölkerung waren gegen ihn. Ueber 100 000 Partisanen hatten die Gebirge inne. Nach amtlichem Kommunique sind allein im März 1950 2900 Soldaten oder Polizisten Syngman Rhees außer Kampf gesetzt worden, wobei 240 Maschinengewehre und Flinten den Partisanen in die Hände fielen.

Die Guerilla machte die Amerikaner der Militärmission ganz verstört, so daß sie sich nicht mehr aus den Städten hinauswagten. Vor 2 Monaten hat der Sonderkorrespondent der „New York Times", Walter Sullivan, erzählt, wie in Korea nächtliches Hundegebell seine Freunde zusammenschrecken ließ. Tagsüber machten Syngman Rhees Polizisten Patrouillen, und wenn sie Partisanen erwischten, dann hängten sie diese in ihrem Geburtsdorf im Beisein ihrer Verwandten auf. Mehrere Tage lang durften die Gehenkten nicht abgenommen werden.

Doch vermochte all diese Grausamkeit der Unterdrückung weder Syngman Rhee und seine Gefährten, noch die Amerikaner zu beruhigen. Beide Teile erinnerten sich, ‚wenn das Heer durch die Straßen von Seoul zog, des 18. Oktobers 1948. An jenem Tage hatte ein Regiment im Hafen Yosu gemeutert. Zwei Wochen lang hielten damals die patriotischen Soldaten zwei Städte und schlugen jeden Angriff zurück. Danach zogen sie sich ins Maquis zurück. 23 000 Koreaner wurden verhaftet und eingekerkert, weil sie den Soldaten geholfen hatten.

Vor einem Monat gab es in Südkorea über 50 000 politische Gefangene.

Kampf für die Einheit

Ende Mai d. J. überstürzten sich die Ereignisse. In Südkorea fanden allgemeine Wahlen statt und trotz noch verstärkter Polizeikontrolle und der Verhaftung von 112 Kandidaten erlitten die Regierungskadidaten eine vernichtende Niederlage. Eine Majorität unabhängiger Deputierter war im Begriff, als Sieger in die Nationalversammlung in Seoul einzuziehen. Was waren das für Männer? Die Polizei kam ihnen gegenüber aus dem Konzept, denn da sie auf dem politischen Schauplatz als Neuerscheinungen auftraten, gelang es nicht, sie genau einzustufen. Man durfte das Schlimmste vermuten. Der Korrespondent der „New York Times" schrieb sehr beunruhigt am 31. Mai: „Man vermutet, daß eine große Anzahl der Gewählten Rote sind ..."

Wie eine Henne, die Enteneier ausgebrütet hat, bekamen Syngman Rhee und die Amerikaner Angst.

In ganz Südkorea nahm die Bewegung zugunsten der Einheit mit Nordkorea — eine wesentliche Forderung der koreanischen Patrioten — täglich zu, seit die Wahlniederlage der Regierung bekannt geworden war. Es fanden einige Demonstrationen statt. Endlich stieg die Erregung zur Fieberhitze, als am 8. Juni der Rundfunk von Pjöngjang (Hauptstadt Nordkoreas) einen „Aufruf zur friedlichen Vereinigung von Süd- und Nordkorea" verbreitete, der sich „an alle demokratischen politischen Parteien und alle sozialen Organisationen in Süd und Nord und an das ganze Volk" wandte.

Folgendes sind die 5 Punkte dieses Aufrufs:

1. Es soll eine gesetzgebende Versammlung für das ganze geeinte Korea gemeinsam von der obersten Volksversammlung der Volksrepublik Korea und der Nationalversammlung von Südkorea gewählt werden.

2. Diese Versammlung soll eine neue Verfassung gründen.

3. In ganz Korea sollen neue Wahlen stattfinden.

4. Um Frieden zu schaffen:

a) werden Syngman Rhee und die anderen mit dem Ausland kompromittierten Führer verhaftet,

b) wird die Freiheit in Wort und Schrift, Versammlung und Demonstration gewährleistet,

c) werden die Verfügungen der Auflösung der demokratischen Parteien und sozialen Organisationen aufgehoben,

d) werden die politischen Gefangenen befreit.

5. Armee und Polizei von Nord und Süd werden vereinigt.

Nach Vorlesung dieses Aufrufs erklärte der Sprecher des Rundfunks von Pjerg-Jang: „Abschriften dieses Aufrufs werden allen politischen Parteien und sozialen Organisationen des Südens sowie der Kommission der UN für Korea durch Lee In Kju, Kim Tae Hong und Kim Schae Schang; den Delegierten der Demokratischen Front, ausgehändigt werden, die sich am 9. Juni, 12 Uhr mittags, mit 300 Exemplaren des Aufrufs auf den Weg nach Johjon, einem auf dem 38. Breitegrad liegenden Dorfe machen und in Johjon am 10. Juni, von 10 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags warten werden."

Übler Streich der UN-Kommission

Am Tage danach, dem 9. Juni, erklärte der Vorsitzende der UN-Kommission am Mikrophon des Rundfunks von Seoul: „Die Kommission hat die Einladung erhalten, sich zu einer Zusammenkunft an einer angegebenen Stelle des 38. Breitegrades zu begeben. Sie ergreift gern diese Gelegenheit und wünscht mit den Vertretern Nordkoreas zusammenzutreffen. Der Sekretär der Kommission ist also beauftragt worden, am 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, in Johjon mit den Vertretern Nordkoreas zusammenzukommen. Er wird ihnen den Wunsch der Kommission nach Verwirklichung einer friedlichen Vereinigung aussprechen."

Man kann sich unschwer vorstellen, welch ungeheure Hoffnung im ganzen Lande diese Erklärung hervorrief. Aber die Regierung Syngman Rhees, die, wie es heißt, „das Kind der UN" ist, ergreift energische Maßnahmen zur Bremsung der Bewegung. In Seoul werden alle politischen Führer unter scharfe Bewachung gestellt, einige sogar aufgefordert, ihre Wohnung 48 Stunden lang nicht zu verlassen, — damit man sicher ist, daß sie sich nicht zum Treff begeben.

Am 10. Juni finden sich zur angegebenen Stunde die drei Delegierten in Johjon ein. Sofort wird auf sie von den Maschinengewehren der Syngman Rhee-Polizei das Feuer eröffnet. Sie müssen sich in einen Graben legen. Da eine Stunde danach die Maschinengewehre still stind, kommen sie wieder auf die Straße heraus. Da sie niemanden kommen sehen, beschließen sie, nach Seoul zu gehen, um dort mit den politischen Führern zusammenzutreffen. Ohne Geleit und unbewaffnet machen sie sich auf den Weg. Einen Kilometer weiter werden sie von der obenerwähnten Polizei verhaftet.

Am anderen Tag verkündet Lee Song Kun, der Chef des „Politischen Schulungsbüros", am Mikrophon von Seoul, daß „die drei Delegierten vor ein Kriegsgericht gestellt werden".

„Lieber Krieg als Frieden"

Diese Nachricht verursacht höchste Bestürzung. Während der darauf folgenden Tage verdoppelt sich die Guerillatätigkeit. In mehreren Provinzen weiß die Polizei vor Ueberlastung nicht mehr aus noch ein. Das Volk will Schluß machen: es fordert die Einheit. Es besteht für das Regime Syngman Rhee die Gefahr des Zusammenbruchs in den kommenden Wochen. Am 18. Juni besucht Foster Dulles, der Ratgeber des Außenministers Acheson, Südkorea. Er ist ernstlich besorgt und berät sich sehr lange mit McArthur.

Ein verzweifelter Versuch soll gemacht werden: das amerikanische Militär beschließt den Angriff. Durch den Konflikt begünstigt, können sie direkt in Südkorea eingreifen, andernfalls würde sich Südkorea kampflos mit Nordkorea vereinigen und die Partie wäre für Washington verloren.

(Aus der französischen Wochenzeitschrift „Action".)

„Truman konnte einen Krieg gebrauchen"

Aufschlußreiche Feststellung einer amerikanischen Zeitung

„Mr. Trumans politische Chancen sinken. Er könnte einen Krieg gebrauchen. Angesichts seiner chronischen Geistesverwirrung, die jetzt noch gesteigert wird durch seine Sorgen über sein eigenes politisches Schicksal, kann ihm nur ein Kongreß von Verrückten die Vollmacht geben, dieses Land in einen Krieg zu treiben."

Diese aufschlußreiche Feststellung über den amerikanischen Präsidenten entstammt nicht etwa einer kommunistischen Zeitung, sondern wurde von dem Organ der Republikanischen Partei der USA, „The Tribune", Chikago, getroffen.

Ueber die Kriegsvorbereitungen von McArthurs Fernostarmee berichtete vor kurzem die Korrespondentin des konservativen Londoner „Observer" in Japan. In ihrem Buch „Kakemono" schildert sie ihre Erfahrungen, wie z. B. diese:

„Manchmal, wenn ich in Tokio mit Heeresangehörigen spreche, vom General bis hinunter zum einfachen Soldaten, höre ich sie prahlen, was sie tun würden, wenn der Krieg losginge und dabei fragen, warum, da sie doch die Atombombe hätten, er nicht schon längst erklärt sei. Ernsthaft diskutierten sie die Möglichkeiten der Vernichtung Hunderter von Städten und des Todes tausender Menschen. Es war schwierig, dabei die Tatsache zu vergessen, daß sie doch eigentlich dafür da seien, sich bereitzuhalten, um, wenn nötig, die ‚amerikanische Lebensweise' zu verteidigen." Die Verfasserin fährt fort: „Es war merkwürdig, Männer zu sehen, deren Leben aus nichts bestand als aus Pokerspiel, Saufen, Schwarzhandel und Orgien, und die davon überzeugt waren, daß sie in ihrer Person die Hoffnung für das Ueberleben der geistigen Werte der westlichen Welt verkörpern."

Das ist Wortbruch ...

Die Provozierung des amerikanischen Krieges in Korea nahm die amerikanische Kriegspartei zum Anlaß, einen glatten Wortbruch gegenüber dem chinesischen Volk zu begehen. Unter Teilnahme des USA-Präsidenten Roosevelt wurde im November 1943 auf der Konferenz von Kairo die Insel Formosa eindeutig China zugesprochen. Jetzt erklärt Truman:

„Ueber den endgültigen Status von Formosa kann erst nach Wiederherstellung der Sicherheit im Pazifik, nach einer Friedensregelung mit Japan oder bestimmten Erwägungen der Vereinten Nationen entschieden werden."

Das ist ein zynischer Wortbruch und ein eindeutiger Verrat an der Politik Roosevelts und den nationalen Interessen des amerikanischen Volkes.

. . . und Irreführung des amerikanischen Volkes

Die Unterstützung der faschistischen und korrupten Tschiangkaischek-Clique war bei Amerikas breiten Massen nie populär. Im Dezember 1949 mußte deswegen sogar Außenminister Acheson öffentlich erklären, die Insel Formosa sei für die USA ohne Interesse. Im Januar 1950 schrieb der Sachwalter der imperialistischen Interessen Amerikas, der bekannte Journalist Walter Lippmann, in der „New York Herald Tribune" wörtlich:

„Es ist blanker Unsinn, zu behaupten, Formosa sei ein wichtiger Punkt für die Sicherheit der USA."

Jetzt stellt Truman schützend amerikanische Kriegsschiffe um Formosa, dem letzten Zufluchtsort Tschiangkaischeks. Damit soll das amerikanische Volk irregeführt werden. Damit hat er China den Fehdehandschuh hingeworfen.

Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft

Von J. W. Stalin

5. Fortsetzung

Ich glaube, daß nichts falscher ist als ein solcher Schluß. Kann man diese Dialekte und Jargons für Sprachen halten? Das ist ganz unmöglich. Es ist erstens unmöglich, weil diese Dialekte und Jargons keinen eigenen grammatikalischen Bau und Grundwortschatz haben, weil sie dies alles aus der Nationalsprache entlehnen. Es ist zweitens unmöglich, weil die Dialekte und Jargons einen engen Wirkungsbereich unter den Angehörigen der Oberschicht dieser oder jener Klasse haben und als Verständigungsmittel der Menschen für die Gesellschaft im ganzen absolut untauglich sind. Was haben sie nun? Sie haben: eine Sammlung einiger spezifischer Worte, die die spezifischen Geschmacksrichtungen der Aristokratie oder der Oberschichten der Bourgeoisie widerspiegeln, eine gewisse Zahl von Ausdrücken und Redewendungen, die sich durch Feinheit und Eleganz auszeichnen und frei von den „groben" Ausdrücken und Wendungen der Nationalsprache sind, und schließlich eine gewisse Menge ausländischer Wörter. Der Grundstoff aber, d. h. die überwiegende Mehrheit der Wörter und der grammatikalische Bau sind der allgemeinen Volkssprache, der Nationalsprache entnommen. Die Dialekte und Jargons sind also Abzweigungen von der allgemeinen nationalen Volkssprache, die jeglicher sprachlichen Selbständigkeit entbehren und zu einem kümmerlichen Dasein verurteilt sind. Wer der Ansicht ist, die Dialekte und Jargons könnten sich zu selbständigen Sprachen entwickeln, die imstande wären, die Nationalsprache zu verdrängen und zu ersetzen, der verliert die historische Perspektive und weicht vom Standpunkt des Marxismus ab

Man beruft sich auf Marx und zitiert eine Stelle aus seinem Aufsatz „Sankt Max". Dort heißt es, daß der Bourgeois „seine eigene Sprache" besitze, daß diese Sprache „das Produkt der Bourgeoisie" sei, daß sie vom Geiste des Merkantilismus und des Schachers durchdrungen sei. Mit diesem Zitat wollten einige Genossen beweisen, daß Marx für den „Klassencharakter" der Sprache gewesen sei, daß er das Bestehen einer einheitlichen Nationalsprache in Abrede gestellt habe. Wenn diese Genossen objektiv an die Sache herangingen, müßten sie auch ein anderes Zitat aus dem gleichen Artikel „Sankt Max" anführen. Dort behandelt Marx die Frage der Herausbildung einer einheitlichen Nationalsprache und spricht von der auf ökonomisch und politischer Konzentration beruhenden Konzentration der Dialekte innerhalb einer Nation zur Nationalsprache".

Marx erkannte also die Notwendigkeit einer einheitlichen Nationalsprache als einer höheren Form an, der die Dialekte als niedrigere Formen untergeordnet sind.

Was kann in diesem Fale die Sprache der Bourgeois darstellen, die, wie Marx sagt, „ein Produkt der Bourgeoisie" ist? Hat Marx sie als ebenso eine Sprache wie die Nationalsprache angesehen, mit einer eigenen, besonderen sprachlichen Struktur? Konnte er sie als eine solche Sprache ansehen? Natürlich nicht! Marx wollte ganz einfach sagen, daß die Bourgeoisie die einheitliche Nationalsprache durch ihren Krämerwortschatz verunreinigt haben, daß die Bourgeois also ihren eigenen Krämerjargon besitzen.

Daraus ergibt sich, daß diese Genossen die Position von Marx entstellt haben, und sie haben ihn entstellt, weil sie Marx nicht wie Marxisten zitieren, sondern wie Buchstabengelehrte, ohne in das Wesen der Sache einzudringen.

Man beruft sich auf Engels und zitiert aus der Broschüre „Die Lage der Arbeiterklasse in England" Engels' Worte, daß „... die arbeitende Klasse allmählich ein ganz anderes Volk geworden ist als die englische Bourgeoisie... Die Arbeiter sprechen andere Dialekte, haben andere Ideen und Vorstellungen, andere Sitten und Sittenprinzipien, andere Religion und Politik als die Bourgeoisie". Auf Grund dieses Zitates ziehen einige Genossen den Schluß, daß Engels die Notwendigkeit einer allgemeinen nationalen Volkssprache geleugnet habe und also für den „Klassencharakter" der Sprache eingetreten sei. Allerdings spricht Engels hier nicht von der Sprache, sondern vom Dialekt, weil er durchaus begreift, daß der Dialekt als Abzweigung von der Nationalsprache die Nationalsprache nicht ersetzen kann. Aber diese Genossen haben offenbar kein großes Verständnis für das Bestehen eines Unterschiedes zwischen Sprache und Dialekt...

Es liegt auf der Hand, daß das Zitat nicht am richtigen Orte angeführt ist, da Engels hier nicht von „Klassensprachen" spricht, sondern hauptsächlich von Klassenideen, Klassenvorstellungen, Klassensitten, Sittenprinzipien, Klassenreligion und Klassenpolitik. Es ist ganz richtig, daß die Ideen-Vorstellungen, Sitten, moralischen Prinzipien, Religion und Politik bei den Bourgeois und den Proletariern direkt entgegengesetzt sind. Aber was hat damit die Nationalsprache oder der „Klassencharakter" der Sprache zu tun? Kann etwa das Vorhandensein von Klassenwidersprüchen in der Gesellschaft als Argument zugunsten des „Klassencharakters" der Sprache oder gegen die Notwendigkeit einer einheitlichen Nationalsprache dienen? Der Marxismus lehrt, daß die Gemeinsamkeit der Sprache eines der wichtigsten Merkmale der Nation ist, wobei er sich völlig darüber klar ist, daß es innerhalb der Nation Klassengegensätze gibt. Erkennen die erwähnten Genossen diese marxistische These an?

Man beruft sich auf Lafargue und erklärt, daß Lafargue in seiner Broschüre „Sprache und Revolution" den „Klassencharakter" der Sprache anerkennt, daß er die Notwendigkeit einer allgemeinen nationalen Volkssprache gewissermaßen leugne. Das ist nicht richtig. Lafargue spricht tatsächlich von der „Adelssprache" oder der „Sprache der Aristokratie" und von den „Jargons" der verschiedenen Gesellschaftsschichten. Aber diese Genossen vergessen, daß Lafargue, der sich für das Problem des Unterschiedes zwischen Sprache und Jargon nicht interessiert und die Dialekte bald als „künstliche Rede", bald als „Jargon" bezeichnet, in seiner Broschüre mit Bestimmtheit erklärt, daß die „künstliche Rede, die die Aristokratie auszeichnet, sich von der allgemeinen Volkssprache abhebt, in der sowohl die Bourgeoisie als auch die Handwerker, sowohl die Stadt als auch das Land sprachen".

Lafargue erkennt also das Bestehen und die Notwendigkeit einer allgemeinen Volkssprache an und begreift durchaus den untergeordneten Charakter und die Abhängigkeit der „Sprache der Aristokratie" und der anderen Dialekte und Jargons von der allgemeinen Volkssprache.

Der Hinweis auf Lafargue verfehlt also sein Ziel.

Man beruft sich darauf, daß einst in England die englischen Feudalen „jahrhundertelang" französisch sprachen, während das englische Volk englisch sprach, und daß dieser Umstand ein Argument für den „Klassencharakter" der Sprache und gegen die Notwendigkeit einer allgemeinen Volkssprache sei. Aber das ist kein Argument, sondern nicht viel mehr als eine Anekdote. Erstens sprachen damals nicht alle Feudalen französisch, sondern nur eine unbedeutende Oberschicht der englischen Feudalen am königlichen Hof und in den Grafschaften. Zweitens sprachen sie nicht irgendeine „Klassensprache", sondern die gewöhnliche, allgemeine französische Volkssprache. Drittens ist bekanntlich diese Spielerei mit der französischen Sprache später spurlos verschwunden, und an ihre Stelle trat die allgemeine englische Volkssprache. Glauben diese Genossen, daß die englischen Feudalen sich mit dem englischen Volk „jahrhundertelang" durch Uebersetzer verständigten, daß sie die englische Sprache nicht gebrauchten, daß es damals keine algemeine englische Volkssprache gab, daß die französische Sprache damals in England mehr war als eine Salonsprache, die nur in dem engen Kreis der höchsten englischen Aristokratie gebräuchlich war? Wie kann man auf Grund solcher anekdotenhaften „Argumente" das Vorhandensein und die Notwendigkeit einer allgemeinen Volkssprache leugnen?

Auch die russischen Aristokraten trieben eine Zeitlang am Zarenhofe und in den Salons ihr Spiel mit der französischen Sprache. Sie brüsteten sich damit, daß sie, wenn sie russisch spächen, französisch stotterten, daß sie russisch nur mit französischem Akzent sprechen könnten. Bedeutet dies, daß es in Rußland damals keine allgemeine russische Volkssprache gab, daß die allgemeine Volkssprache damals eine Fiktion, die „Klassensprachen" aber eine Realität waren?

Unsere Genossen begehen hier mindestens zwei Fehler.

Der erste Fehler besteht darin, daß sie die Sprache mit dem Ueberbau durcheinanderbringen, sie glauben, wenn der Ueberbau Klassencharakter hat, könne auch die Sprache keine allgemeine Volkssprache, sondern nur eine Klassensprache sein. Aber ich sagte schon oben, daß Sprache und Ueberbau zwei verschiedene Begriffe sind, daß ein Marxist ihre Verwechslung nicht zulassen kann.

Der zweite Fehler besteht darin, daß diese Genossen den Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, ihren erbitterten Klassenkampf als Auseinanderfallen der Gesellschaft, als Abbruch aller Beziehungen zwischen den feindlichen Klassen auffassen. Sie sind der Ansicht, da die Gesellschaft nun einmal zerfallen sei und es keine einheitliche Gesellschaft mehr gebe, sondern nur noch Klassen, sei auch keine einheitliche Sprache für die Gesellschaft, keine Nationalsprache nötig. Was bleibt aber, wenn die Gesellschaft zerfallen ist und es keine allgemeine nationale Volkssprache mehr gibt? Es bleiben Klassen und die „Klassensprachen". Es ist verständlich, daß jede „Klassensprache" ihre „Klassen"-Grammatik haben wird, ihre „proletarische" oder ihre „bürgerliche" Grammatik. Allerdings gibt es solche Grammatiken im Leben nicht, aber das stört diese Genossen nicht. Sie glauben, daß solche Grammatiken schon noch auftauchen werden.

(Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das oberste Gebot

Von Johannes R. Becher

Nichts ist so wichtig wie dies: den Frieden zu wahren. Das ist das oberste Gebot der Menschheit, deren menschenwürdige Existenz nur unter friedlichen Bedingungen möglich und gesichert ist. Jeder einzelne ist berufen, an diesem Friedenswerk mitzuarbeiten, denn jeder, wer es immer auch sei und wo er auch immer sich befinden möge, kann nur, wenn die Welt in zunehmenden Maße sich befriedet, ein menschenwürdiges Dasein führen.

Laßt uns nicht einen Augenblick vergessen, daß es ganz Deutschland ist, das wir ansprechen. Laßt uns nicht einen Augenblick vergessen, daß uns nichts so sehr am Herzen liegt als die Einheit unseres deutschen Vaterlandes! Laßt uns nicht einen Augenblick vergessen, was wir alles der Sowjetunion zu danken haben, die uns nicht nur von der widerwärtigen Schmach unserer Geschichte befreit hat, sondern deren Vertreter uns auch als wahre Freunde immer mit Rat und Tat zur Seite standen!

Laßt uns nicht einen Augenblick vergessen, daß es überall in der Welt, unter allen Nationen, freiheits- und friedliebende Menschen gibt, die zu uns gehören und von denen wir nur hoffen dürfen, daß auch sie uns zu den Ihren zählen! Laßt uns nicht einen Augenblick vergessen, daß wir aufgerufen sind, die Freiheits- und Friedensmacht zu stärken!

Kind entführt

Rastatt. Er komme vom Jugendamt, gab ein etwa 40 Jahre alter Mann bei einer Familie mit sieben Kindern in Rastatt an, und wolle eines der Kinder adoptieren, da er kinderlos sei. Da die Eltern dieses ablehnten, kam der Fremde am nächsten Tag wieder. Er überredete die Mutter zur Weggabe ihrer 13jährigen Tochter und nahm sie gleich darauf in einem Auto mit. Der Fremde hatte versehentlich einen Briefumschlag mit einer Adresse zurückgelassen, doch fand die Mutter, die einige Tage später an dem angegebenen Ort ihre Tochter besuchen wollte, weder den Mann noch ihre Tochter vor. Nach Meldung bei der Kriminalpolizei stellte diese fest, daß der Mann Vater von zwei Kindern ist. Die Ermittlungen nach dem Fremden zeigten bisher noch kein Ergebnis.

Zur Brandstiftung verleitet

Ravensburg. Eine 57jährige Bäuerin aus Wettenberg wurde vom Schwurgericht Ravensburg zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus verurteilt, weil sie einen Säger aus Ummendorf dazu verleitet hatte, ihren Hof in der Gemeinde Schweinhausen anzuzünden. Obwohl die Bäuerin an der Brandlegung nicht beteiligt war, gab ihr das Gericht die Hauptschuld, da die von ihr angeregte Tat in ihrem Interesse lag. Der Säger erhielt zwei Jahre zwei Monate Zuchthaus. Beide Verurteilten erhielten außerdem Geldstrafen von 500 bzw. 2000 DM wegen beabsichtigten Versicherungsbetrugs.

Neue Neckarbrücke muß eine Friedensbrücke werden

Was der Arbeiter unter Strapazen und Gefahr erbaut darf nie wieder „planmäßig" zerstört werden

Mannheim. In wenigen Wochen, nach bisher unbestätigten Verlautbarungen am 31. 8. 1950 wird in Mannheim eine neue Neckarbrücke eingeweiht. Jahrelang mußte sich die Bevölkerung mit einem engen Laufsteg begnügen, nachdem die Folgen des kriegerischen Wahnsinns zur Sprengung der alten Friedrichsbrücke geführt hatten. Auch die wiedererbaute Brücke steht in Gefahr, Opfer eines neuen Weltkrieges zu werden. Die Mannheimer Bevölkerung muß durch ihren Willen bezeugen, daß die neue Neckarbrücke eine Brücke des Friedens, eine Friedensbrücke wird.

An der Stelle der alten Friedrichsbrücke ist ein modernes Bauwerk entstanden, das besser als früher den Verkehrsbedürfnissen der Stadt zu entsprechen vermag. Die Arbeiten sind in das Endstadium eingetreten. An den beiderseitigen Brükkenauffahrten wird eifrig gearbeitet. Die Gleisverlegungsarbeiten sind nahezu abgeschlossen. Die Anbringung einer Oberleitung ist Sache weniger Arbeitstage.

Allem Anschein nach sind an der Mannheimer Neckarbrücke, im Gegensatz zu einer Anzahl von Rheinbrücken, die in der letzten Zeit errichtet wurden, keine Sprengkammern angebracht worden. Die Fachleute versichern jedoch, daß Sprengvorrichtungen in den Flußpfeilern für eine schnelle und wirksame Vernichtung der Brücke keineswegs „nötig" seien. Die Urheber der Sprenglöcher im Loreleifelsen haben daher keine Veranlassung gefunden, sich ebenso „liebevoll" der neuen Mannheimer Neckarbrücke „anzunehmen". Eine an passender Stelle angebrachte Dosis des üblichen Sprengstoffes würde ausreichen, um das zu zerstören, was eine Lebensnotwendigkeit für die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt ist.

Die Eröffnung der Brücke am 31. August hängt zu einem gewissen Teil vom Wetter ab. Die Asphaltierung der beträchtlichen Fläche setzt andauernde warme und trockene Witterung voraus. Der Asphalt wird direkt auf die Eisenplatten aufgetragen. Regenfälle, wie sie in den letzten Tagen eingetreten sind, können eine Verzögerung bei der Anbringung des Belags zur Folge haben.

Von der Bauleitung war zu erfahren, daß die neue Neckarbrücke das Ergebnis der modernsten derzeit möglichen Brückenbauweisen, „den letzten Schrei des Stahlbrükkenbaus", darstellt. Auf die Verwendung von Beton als Bindeglied zwischen Stahlplatten und Asphalt kann verzichtet werden. Damit ist ein erhebliches Maß toter Belastung im Voraus in Wegfall gekommen. Das Gesamtgewicht der Stahlkonstruktion beträgt 2000 Tonnen. Dies bedeutet, daß, umgerechnet auf die gewonnene Verkehrsfläche, die neue Brücke nur 50 Prozent der bei der Friedrich-Ebert-Brücke verwendeten Stahlmenge beansprucht.

Die Gesamtbreite beträgt 28 Meter. Auf die Fahrbahn entfallen 17,70 m, auf die beiden Radfahrwege je 1,65 m und auf die beiden Gehwege für beide Richtungen je 3,50 m. Somit besitzt die Brücke sechs Fahrspuren, davon 2 für Straßenbahnen und je 2 Autofahrbreiten auf der linken und rechten Straßenseite. Die auf der Neckarstadtseite neu angelegte Straßenbahnlinie dient nicht der Eröffnung einer neuen Strecke, sondern der besseren Abwicklung des Verkehrs bei besonderen Anlässen.

Der jedem Betrachter auffallende schwungvolle Bogen der Brücke, die übrigens einen patinagrünen Farbanstrich erhält, entspricht den Bedürfnissen der Fluß-Schiffahrt. Bei höchstem schiffbarem Wasserstand beträgt die Schiffahrtsöffnung 30 m. In diesem Falle erhebt sich die Brücke noch 6 m über den Wasserspiegel, d. h. um 1,28 m höher als die alte Friedrichsbrücke.

Die Brücke ist das Werk unermüdlicher Arbeit. Noch wird an der Vernietung im Unterbau gearbeitet. Nicht jedermann ist bekannt, welches Opfer die dort beschäftigten Arbeitskräfte zu bringen haben. Bei jeder Witterung werden die glühenden Bolzen dem Unterbau eingefügt. Die Arbeiter sind — vom Steg her unsichtbar — direkt unter den Eisenplatten mit der Vernietung beschäftigt. Während der vergangenen großen Hitzeperiode wurden an den Arbeitsstellen unter den von der Sonnenbestrahlung heißglühenden Eisenplatten bis zu 62 Grad Celsius gemessen. Es will kaum glaubhaft erscheinen, daß Menschen bei dieser Hitze arbeitsfähig bleiben können.

Und doch hat die an der Brücke tätige Arbeiterschaft täglich 9 Stunden unter diesen Bedingungen ohne die geringsten Erleichterungen ausgeharrt.

Ein zusätzliches Entgelt wird nicht gewährt. In Schweiß gebadet und der Möglichkeit schwerer gesundheitlicher Schädigungen entgegensehend, wurde die vom „Arbeitgeber" als selbstverständlich betrachtete Leistung vollbracht.

Was hier im Schweiß der arbeitenden Menschen vor den Augen unserer Bevölkerung erstanden ist, darf nicht wieder das Zerstörungs-Objekt einiger wahnsinniger Kriegslüsterner werden. Unsere Bevölkerung ist friedliebend. Das genügt aber nicht, um die Machenschaften der Kriegstreiber, die alles gefährden, was für unser tägliches Leben notwendig ist, zu unterbinden. Darum gibt die Errichtung der neuen Neckarbrücke unserer Bevölkerung eine einzigartige Gelegenheit, ihren unverbrüchlichen Friedenswillen zu demonstriren. Man muß denjenigen, die diese Brücke zerstören wollen, rechtzeitig in den Arm fallen. Dann erst wird sie eine wirkliche Friedensbrücke. -iku-

Mannheimer Friedenskomitee zum „Korea-Konflikt"

Wir erheben unsere Stimme, da der Frieden bedroht ist"

Wir haben als „Friedenskomitee", das alle Friedensbestrebungen ohne Rücksicht auf ihre politische oder weltanschauliche Einstellungen erfaßt, nicht zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des „Koreakonfliktes" Stellung zu nehmen. Wir haben aber unsere Stimme zu erheben, wenn der Friede bedroht ist. Wir verurteilen nicht nur den Krieg, sondern auch die Tatsache, daß heute durch kriegerische Einmischung auswärtiger Mächte versucht wird, unter der Maske des „Bürgerkrieges" oder von „Polizeiaktionen" die Gegensätze zwischen den Weltmächten auszutragen. Hier ist der Weltfriede bedroht! Wir fordern die Einstellung der Feindseligkeiten und sehen es als Aufgabe der Organisationen der Weltstaaten an, nicht etwa mit kriegerischen Mitteln, etwa gar der Atombombe, wie es der englische Parlamentarier Roberts bereits forderte den, Kriegen zu steuern, sondern nichts unversucht zu lassen, um den „Weltfrieden" zu erhalten. Dazu gehört zuerst die Einsicht, daß die Aufrechterhaltung von „eisernen Vorhängen" und „Breitengraden" in den Völkern nicht die geeigneten Mittel sind, um zur Befriedung der Welt zu kommen, sondern wir erkennen, daß die Völker sich selbst durch Selbstbestimmung ihre innere Einheit und soziale Gerechtigkeit schaffen müssen. Darum stärkt in aller Welt die „Friedensfront" als neue Macht gegenüber den alten Mächten der Kriegsbedrohung!

Komitee der Kämpfer für Frieden
Mannheim
Rösinger, Umstetter, Loesch

2000 Wohnungen - ein Tropfen auf einen heißen Stein

Mannheim. Der langen Debatte kurzer Sinn über das Wohnungsbauprogramm 1950 für Mannheim war, daß bei einem Mittelaufwand von 11,3 Millionen für den Wohnungsbau schätzungsweise 2000 Wohnungen gebaut werden können. Diese Zahl wirkt mehr als kläglich angesichts der Tatsache, daß 2000 Wohnungen nicht einmal ausreichen würden, um, wie Oberbürgermeister Heimerich zugab, dem natürlichen Bevölkerungszuwachs Rechnung zu tragen. Statt 2000 sollten 30 000 Wohnungen in Mannheim gebaut werden, stellte der OB fest. In der Tat wären 30 000 Wohnungen bei einem ständigen Wohnungsbedarf von 20 000 Wohnungen nicht zuviel, wenn man bedenkt, daß heute in Mannheim 7466 Menschen in Notunterkunften wohnen u. 40 000 Mannheimer Bürger, von welchen ein Teil in den hiesigen Produktionsstätten arbeitet, immer noch in der Umgebung untergebracht sind und sehnsüchtig darauf warten, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Demgegenüber muß der Bau von 2000 Wohnungen in Mannheim als vollkommen unzulänglich bezeichnet werden.

Die Vergebung der finanziellen Mittel für Wohnbauzwecke an Baugenossenschaften und Private erfolgte bisher durch die Stadtverwaltung. Die Stimmen nach der Schaffung eines Gremiums, das sich aus Mitgliedern der Stadtratsfraktionen zusammensetzt und die Aufteilung der Mittel für den Wohnungsbau überwachen soll, wurden immer vernehmlicher. So betonte in dieser Sitzung u.a. Stadtrat Stark (KPD), daß in Anbetracht der ohnehin beschränkten Mittel für Wohnungsbauzwecke eine Kontrolle des Stadtrates über die Vergebung derselben eine Selbstverständlichkeit sei. Das Wohnungsproblem gehöre heute zu den dringendsten Problemen, es sei deshalb die Pflicht des Stadtrats, ein gewichtiges Wort gerade hierbei mitzureden.

Der OB und Bürgermeister Trumpfheller äußerten sich zu der Uebergabe der Verteilung der Wohnungsbaugelder von den Händen der Stadtverwaltung in die einer Stadträtekommission etwas skeptisch und zurückhaltend, erklärten sich dann jedoch bereit, die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage über die Befugnisse dieser Kommission in die Wege zu leiten.

Aus der weiteren Debatte ergab sich, daß gerade die Baumöglichkeiten in der Stadtmitte in weit höherem Maße als bisher ausgenützt werden müßten. Allerdings müßte hierbei eine erhebliche Reduzierung der bisher auf Geschäftshäuser und Büros abgestimmten Grundstückspreise erreicht werden.

Als weitere Punkte wurden die Ueberweisung von Spenden für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 67 600 DM an die „Gemeinnützige Baugenossenschaft" und 4500 DM zur Herausgabe einer Jubiläumsausgabe der Stadtgeschichte Mannheims durch Professor Walter genehmigt.

Neben einem erweiterten Kreissiedlungsausschuß ist nunmehr ein Ausschuß zur Förderung der Künste in Mannheim gebildet worden, der sich aus Mannheimer Künstlern zusammensetzt, die durch ihren Zusammenschluß eine bessere Verfechtung ihrer Forderungen gegenüber der Stadtverwaltung erreichen wollen. -bü-

Kommunalkonferenz

des Kreises Mannheim

am Sonntag, den 16. Juli, 9 Uhr, im Lokal „Arion", Mannheim - Neckarstadt, Uhlandstraße 19 (in der Nähe des Meßplatzes).

Alle Gemeinde- und Stadträte des Kreises nehmen daran teil. Die Funktionäre für Kommunalpolitik und die Pol-Leiter der Ortsgruppen sollten an dieser wichtigen Konferenz ebenfalls teilnehmen.

Aus dem Parteileben

Ortsgruppe Neck./Ost, Wohngebietsgruppe Wohlgelegen, Freitag, 14. 7., 19.30 Uhr, in der Wohlgelegenschule: Schulungs- und Diskussionsabend.

Ortsgruppe Neck./Ost, Wohngebietsgruppe Uhland, Freitag, 14. 7., 19.30 Uhr, in der Uhlandschule: Schulungs- und Diskussionsabend.

Rheinau, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Jenner": Mitglieder-Versammlung.

Sandhofen, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Gambrinus": Mitglieder-Versammlung.

Luzernberg, Freitag, 14. 7., 19,30 Uhr, im Lokal „Beiber": Mitgliederversammlung.

Nach Schluß der Versammlung findet die Vorführung des Filmes „Stalingrad" statt.

Sympathisierende, Freunde und Angehörige unserer Genossen sind dazu eingeladen.

Waldhof, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Rheintal": Generalmitgliederversammlung.

Neckarst./West, Freitag, 14. 7., 20 Uhr, im Lokal „Goldene Schlange": Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Weststadt. Donnerstag, 13. 7. 1950, 20 Uhr, im „Westhof": Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Kreisvorstandssitzung. Samstag, 15. 7. 1950, 16 Uhr, im Parteibüro.

Kinder- und Familienfest auf dem Lerchenberg in Durlach. Sonntag, 16. 7. 1950, Beginn: 14 Uhr.

Hände weg von Korea!

Oeffentliche Versammlung in Hemsbach im Lokal „Ratskeller" am Freitag, 14. 7., 20 Uhr.

Referent: Robert Klausmann, M.d.L.

1½ Monate arbeitet jeder Werktätige umsonst

Ludwigshafen. Der Bund der Steuerzahler von Rheinland-Pfalz, der sich gegenwärtig mit der „Durchleuchtung des Haushaltsplanes des Landes Rheinland-Pfalz für das Rechnungsjahr 1950" befaßt, hat nach einer am Montag herausgegebenen Pressemitteilung errechnet, daß die Personalkosten des Landes Rheinland-Pfalz jedem Beschäftigten mit durchschnittlich 230 DM pro Jahr belasten und daß demzufolge der Durchschnittsverdienst praktisch 1½ Monat im Jahr nur für Verwaltungspersonalausgaben des Landes arbeite. Die persönlichen Ausgaben im Etat von Rheinland-Pfalz machen nach der Mitteilung 53 Prozent der Gesamteinnahmen aus.

Gift — statt Futtermittel

Dreisen (Pfalz). Zwei wertvolle Kühe verlor ein Bauer aus Breunigweiler, dem in einem Geschäft statt eines Sackes Futter irrtümlicherweise ein Sack Giftmittel ausgehändigt worden war.

Karlsruher Stadtrundschau:

8 Millionen DM für Wohnungsbau der Besatzungsmacht

Fünfzehn Wohnblocks für Amerikaner und nur fünf für deutsche Bevölkerung

Karlsruhe. (lwb). In Karlsruhe wurden am Dienstag die Bauarbeiten für 15 Wohnblocks mit je zwölf Wohnungen für die amerikanische Besatzungsmacht begonnen. Die Wohnungen sollen bis Anfang Dezember fertiggestellt sein. Die Baukosten betragen 8 Mill. DM.

Am gleichen Tage wurden die Bauarbeiten für fünf Wohnblocks mit je 24 Wohnungen für die Karlsruher Bevölkerung begonnen.

Die Finanzierung dieses Bauvorhabens wurde durch die Landesbausparkasse übernommen.

Wasserversorgung der Hardtgemeinden

Karlsruhe. (lwb). 18 Gemeinden der Hardt zwischen Karlsruhe und Philippsburg haben noch keine Wasserleitung und sind in der Wasserversorgung auf Brunnen angewiesen. Ein großzügiges Projekt des Wasserwirtschaftsamtes Karlsruhe, mit dessen Durchführung nach Abschluß der technischen Vorarbeiten, der Probebohrungen und der Untersuchung der Wasserbeschaffenheit in Kürze begonnen werden soll, sieht die zentrale Wasserversorgung dieser Gemeinden vor.

Das Bauvorhaben, daß sich auf drei bis vier Jahre erstrecken wird, erfordert einen Kostenaufwand von drei bis dreieinhalb Millionen DM. Im allgemeinen ist eine Einzelortsversorgung vorgesehen. In verschiedenen Fällen werden zwei oder drei Gemeinden zu einer Gruppenversorgung zusammengefaßt. Ein ähnliches Bauvorhaben hat das Wasserwirtschaftsamt Heidelberg für die nördlich Philippsburg gelegenen Gemeinden vorbereitet.

Mit 11 000 Mark durchgebrannt

Freiburg. Der bisherige Landeskassierer der SPD, Otto Hoffmann, der nach Mitteilung der Landesleitung der SPD wegen Unregelmäßigkeiten aus der Partei ausgeschlossen wurde, soll, inoffiziellen Informationen zufolge, mit rund 11 000 DM durchgebrannt sein.

Kasperl als Virtuose Spagatini

In Pocci's „Zaubergeige" der Marionettenbühne

Mannheim. Franz Pocci's Liebe gehörte dem Marionettentheater. Er ist ein Klassiker der Puppenbühne mit einem so goldenen und begnadeten Humor für diese kleine Welt der kleinen Schmerzen und Freuden (nicht der tönenden und stelzenden Tragödie), daß man ein Stück Verzauberung durch ihn erlebt. „Die Zaubergeige", sein liebenswürdiges und so tiefes Spiel vom Schicksal des kleinen Kasperl, der ein berühmter Virtuose wird, einer gezierten Prinzessin den Kopf verdreht und vom Galgen weg dennoch seine Grete heiratet, ist ein Stück romantischer Ironie, wie wir sie vom „Gespenster-Hoffmann" her gewöhnt sind, mit Lust an ungehemmtem Fabulieren, der sich gereifte Lebensweisheit zugesellt und auch ein Stück wohltemperierter Kritik an Landesfürst, Hof und Gerichtsbarkeit. In der deutschen Misere durfte von je nur der Narr die Wahrheit sagen.

Lassen wir das Menschentheater beiseite, welches mit Schauspieler-Individualitäten arbeitet, sehen wir ab vom Kino, dessen Produktion im Westen vom Profitinteresse gelenkt wird und zumeist schädliche Einflüsse zeitigt, so haben wir, außer dem Firlefanz des Varietés, immer noch das Marionettentheater, dessen Akteure Plastiken sind, starre Puppen, deren Verlebendigung durch rähte geschieht, und unterlegten gesprochenen Text. Die Guckkastenbühne ist ihr Bereich, Licht und Farbe verleihen ihnen Konturen und Leben. Bewegte Plastik, die keine Nervenkrisen und manischen Stimmungswechsel kennt, wie der heute überzüchtete Schauspielertyp ohne gesellschaftliches Verantwortungsgefühl — so haben wir im Verein mit Musik, Tanz und dem Medium des gesprochenen Wortes echtes, lebendiges Theater, bei dem auch die Tiere und „dinglichen Gegenstände", die Blumen und Bäume sprechen und handeln. Die kindliche Phantasie erlebt hier ein kleines Fest, denn sie unterlegt ja auch den „toten Gegenständen" ein Eigenleben, wie im Märchen. Das Marionettentheater schafft hier also eine Einheit, eine Wechselbeziehung zwischen Akteuren und Zuschauer, der sich auch die Erwachsenen nicht entziehen können.

Fritz Gerhard's Inszenierung traf die romatische Substanz des Spiels und aktivierte den Humor der Sache durch drollige Einfälle und aktuelle Pointen. Das erste Bild, zwischen Bauer Stoffel und Kasperl, war schon ein Aplomb — Viehhändler „Schrappsack" mit tanzender Kuh, das Hofkonzert, die „Serenade im Hofgarten" und der „Gerichtssaal" waren Kabinettsstückchen. Wo vermittelt das Menschentheater je so ausgeprägte Typen? Das muntere Kasperl, der Volksheld, ist ein Schuß ins Schwarze, und, gemessen an dem Beifall der „Premiere" kann man ruhig schließen, daß die Kinder an der „Zaubergeige" ihre helle Freude haben werden. Alles war von bezwingender Komik, ohne daß die Moral des Spiels zu kurz kam. Dem Beigeordneten der Stadt, Professor Lange, gebührt Dank für die Vermittlung dieses Gastspiels einer echten Volkskunst. F. M

Fort mit der Atombome

Film der Woche

Kurbel:

„Der Mann der Sherlock Holmes war"

Mannheim. Der Film wurde schon wiederholt ausgegraben und hatte dabei jedesmal Erfolg, nicht allein des vielversprechenden Namens wegen, sondern vor allen Dingen auf Grund seines zwerchfellerschütternden Inhalts. Was Heinz Rühmann als Dr. Watson dazu beitragen konnte, hatte er getan. Hans Albers begegnet uns in seinen „besten Jahren" als Mann mit dem „scharfen Blick", ausdrucksvoll und überzeugend. Auch Hansi Knoteck zeigt sich überaus jugendlich und erinnert dabei, daß der Film nicht erst gestern gedreht wurde. Man unterhält sich vorzüglich, zudem hat man bei der Betrachtung dieses Streifens das angenehme Empfinden, einer Produktion gegenüberzustehen, die sich in vielem von der Lustspielserie neueren Datums positiv abhebt.

Die „Matthäus-Passion" von Joh. Seb. Bach

Ausklang der Bach-Woche der Ev. Gemeinde

Mannheim. Es war wohl niemand unter den Hunderten, die Schiff und Empore der Christuskirche füllten, der sich der Eindringlichkeit, der gigantischen Klage des Menschen Bach entziehen konnte, der „Matthäus-Passion", die neben der „Kunst der Fuge" zu dem Größten gehört, was er der Menschheit hinterließ. Es war eine bemerkenswerte Anzahl einfacher Menschen unter den Hörern, die auch der warme Sommersonntagnachmittag nicht davon abhalten konnte, dem Rufe Bachs zu folgen — ein Zeichen dafür, daß auch das Wissen um die tiefen Dinge der Musik im Volke Platz greift.

Man hat den „reinen", den „absoluten Musiker" Bach in Westdeutschland hervorgehoben und seine Renaissance im Atomzeitalter mit Superlativen gewürdigt, welche der Zeitbedingtheit und Zeitbezogenheit seines Schaffens in der deutschen Misere des Barock keine Rechnung trugen, der Rolle einer überragenden, einsamen Musikerpersönlichkeit, die ihr Schaffen erst dem höfischen Dienst und dann der Kirche widmen mußte, denn die „Kunst geht nach Brot", wie Lessing sagte. Die herrschende Ideologie seiner Zeit waren die des „Gottesgnadentums" und der Kirche, seine Kunst goß Bach daher in die Ausdrucksformen höfischer Konzerte und das unabsehbare Schöpfungswerk der Kantate und des Chorals, in die Passionen und in die Fuge, wobei letztere die strengste Gebundenheit mit einem neuen, fast revolutionärem Fühlen vereinigt.

Die Aufführung der „Matthäus-Passion" unter Leitung von Kirchenmusikdirektor Dr. Deffner war indes eine gemäßigte, wohltemperierte Interpretation und keine himmelstürmende Angelegenheit von besonderer Prägnanz. Der zweigeteilte Bach-Chor, wie auch der erfrischend klare Knaben-Chor des Karl-Friedrich-Gymnasiums, schnitten dabei bemerkenswert gut ab, namentlich die Frauenstimmen des ersteren. In den Solopartien hinterließ der Evangelist von Johannes Feyerabend, dessen hellgetönter Tenor in der Höhe eine gewisse spröde Flachheit erkennen ließ, einen ausgezeichneten Eindruck, fast farblos, weil allzu konventionell, wirkte dagegen der Christus des Baritonisten Claus Ocker. Marga Höffgen präsentierte einen idealen Typ der Oratoriensängerin, ihr volltönender und kräftiger Alt war ein Genuß. Orchester- und Instrumentalsolisten des Nationaltheaters, welche den instrumentalen Teil der Passion bestritten, wie auch der Organist Martin Usbeck hatten den intensivsten Anteil an der Reproduktion des Bach-Werkes welches nahezu drei Stunden die Hörer fesselte.

Am 28. Juli jährt sich der 200. Todestag Johann Sebastian Bachs. Wann kommt das große Bach-Konzert der Musik-Akademie?

Alle Marmeladen u. Gelees in 10 Minuten mit Opekta

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Menschenschinder vom Lager B

Erzählung aus der Kriegsgefangenschaft / von Georg Hölzel

In den Jahren 1946/47 war ich in einem Kriegsgefangenenlager in Weißrußland. In diesem Lager herrschten geordnete Verhältnisse. Der Lageraktiv-Leiter, der ein geschulter und verantwortungsbewußter Antifaschist war, arbeitete gut mit den sowjetischen Politinstrukteur des Lagers zusammen. Es wurde alles getan, uns deutschen Gefangenen das schwere Los der Kriegsgefangenschaft im Rahmen des Möglichen zu erleichtern. Der sowjetische Kommandant des Lagers betonte bei jeder Gelegenheit, daß er sehr stolz darauf sei, noch keinen deutschen Kriegsgefangenen habe bestrafen zu müssen.

Anders sieht es in dem zur gleichen Zone gehörenden Nebenlager B aus. Dort verstand man nicht, die von den sowjetischen Dienststellen der deutschen Lagerleitung eingeräumten Selbstverwaltungsrechte demokratisch auszuüben. Dort arbeitete man mit den faschistischen Methoden in der Art und Weise, wie es beim preußischen Militarismus üblich war. Die Folgen waren entsprechend. Die Gefangenen wurden vom eigenen deutschen Verwaltungspersonal geschlagen, eingesperrt, nachts auf die Arbeit gejagt. Der Hauptmacher dabei war ein junger Mensch, ein früherer Arbeitsdienstmann aus Westfalen, der sich mit der Drangsalierung der eigenen Kameraden vermutlich das besondere Vertrauen der sowjetischen Dienststellen erwerben wollte.

Als diese Zustände in unserem Lager bekannt wurden, verfaßte der Aktivleiter unter Mitarbeit von einigen Gefangenen aus dem Nebenlager eine Resolution über die vorherrschenden Zustände und schickte sie an den sowjetischen Kommandanten der Lagerzone. Die Folge war, daß in wenigen Tagen das gesamte leitende deutsche Personal abgesetzt und eines Abends in unser Lager gebracht wurde.

Am nächsten Morgen sammelte sich eine Gruppe von erregten Gefangenen vor der Baracke an, in der dieser Arbeitsdienstmann untergebracht war. Sie waren zum Teil aus dem Nebenlager und hatten die Schandtaten des jungen Deutschen an den eigenen Kameraden mit angesehen und waren auch selber von ihm drangsaliert worden. Sie faßten den Plan, sich dafür an dem Arbeitsdienstmann zu rächen und ihn mit dem Tode zu bestrafen. Unser Aktivleiter hörte davon; er ging sofort zum Politinstrukteur des Lagers und erklärte ihm, daß er keine Verantwortung übernehmen könnte, falls ein Unglück geschähe, wenn die zu Recht erbitterten und erregten Gefangenen den Kameradenschinder aufhängen oder erschlagen würden. Der Politinstrukteur erschien sofort vor der Baracke und trat unter die erregten Gefangenen.

Ruhig und überlegt sprach der Politinstrukteur auf die Erregten ein. Er erklärte ihnen u. a., daß dieser junge Deutsche ein typischer Faschist ist; er zeigte ihnen auf, daß seine Eigenschaften, Nichtachtung von Menschenleben, Brutalität, Rücksichtslosigkeit, Grausamkeit bis zum Mord am eigenen Kameraden, typische Kennzeichen des Faschismus wären, die ihm aber von diesem anerzogen seien. Er brachte zahlreiche Beispiele vor von dem Verhalten der deutschen Faschisten in den besetzten Gebieten gegenüber Sowjetmenschen und gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen, die alle auf der gleichen Linie lagen. „Aber ihr seid selber große Faschisten", sagte der Politinstrukteur dann zu den erregten Gefangenen, „denn ihr wollt wieder morden, euren eigenen Kameraden wollt ihr umbringen. Aber ich werde nicht zulassen, daß dieser junge Mensch von euch umgebracht wird, in unserem Lande gibt es so was nicht, ich nehme diesen jungen Menschen unter meinen Schutz. Aber ich werde dafür sorgen, daß er von einem Faschisten zu einem ehrlichen Antifaschisten umgeschult und umerzogen wird."

In der Gruppe der Gefangenen war es nach seiner Rede ruhig geworden. In wenigen Minuten hatte es der sowjetische Politinstrukteur verstanden, an Hand von praktischen Beispielen einen Wesenszug des Faschismus aufzuzeigen, der die Zuhörer bis ins Innerste erschreckte; denn so wie der Sowjetmensch es darlegte, so war tatsächlich ihr Denken und Handeln. Betreten schweigend und sehr nachdenklich geworden, ging die Gruppe Gefangener auseinander.

Dies Erlebnis zeigte mir, welche tiefe innere Erkenntnis, Umerziehung und Umstellung besonders für uns Deutsche noch notwendig ist, um den Weg zu einem Antifaschisten, zu einem sozialistischen Menschen zu finden. Das Verhalten des Politinstrukteurs ließ in mir eine kleine Ahnung wach werden von der Größe des Sowjethumanismus, des Humanismus der neuen, großen sozialistischen Menschheitsepoche.

Im vielbesungenen Süden

Eine Kurzgeschichte aus dem Land der begrenzten Möglichkeiten / Von Alfred Bergien

Alle Hobos, die ich auf der Fahrt nach Mobile traf, warnten mich vor den Südstaaten. Sklaverei gibt es zwar nicht mehr, Gott bewahre!, aber was sie da unten treiben, ist weitaus schlimmer. Ein Sklave hatte einen bestimmten Wert, er kostete soundsoviele Dollars, meist mehr als ein gutes Pferd und mußte entsprechend geschont werden. Ein Hobo aber kostet nichts, oder fast nichts und es laufen genug davon herum.

Dort unten hatten sie eine besondere Taktik entwickelt, den Hobo für sich arbeiten zu lassen, möglichst umsonst. Der Staat vermietete seine Gefangenen an alle Leute, die billige Arbeitskräfte brauchten. Es ist einleuchtend, daß der Staat ein großes Interesse daran hatte, ein möglichst reichhaltiges Sortiment von Kräften auf Lager zu halten. In der Art, sich die Gefangenen zu verschaffen, verfuhren sie nicht besonders gewissenhaft. Hobos lagen ihnen sehr am Herzen. Es genügte, so einen Hobo ohne Fahrkarte in einem Zug zu erwischen, dann war er reif für einige Monate und hatte die Ehre und das Vergnügen, in der gestreiften Gefangenentracht der Vereinigten Staaten den Reichtum der Besitzenden zu mehren.

Ich kannte das alles, aber ich brauchte Arbeit. Ich war in der Wildnis gewesen, auf den Oelfeldern von Wyoming, dort traten sich die Hobos gegenseitig auf den Füßen herum. Zur Ernte war es noch zu früh, in den Südstaaten aber gibt es immer Arbeit, dort können sie nicht genug Leute kriegen. Ich gedachte, mich einige Wochen mit Gelegenheitsarbeit über Wasser zu halten und dann nach Nordwesten aufzubrechen, damit ich rechtzeitig zur Ernte kam.

Hinter einer kleinen Stadt, ich hatte sie meiner Freiheit zuliebe in weitem Bogen umschlagen, hielt ich einen Wagen an, um schneller voran zu kommen. Der Fahrer war ein feiner Herr, keiner von diesen vollgefressenen Sklavenhaltern, wie sie dort unten in den schwersten Wagen herumkutschieren. Er war Ingenieur bei einem Bahnbau und bot mir Arbeit an, gute, leichte Arbeit als Koch in der Lagerküche.

Zunächst machte ich ein langes Gesicht, in Mississippi ist jedes Arbeitsangebot verdächtig. Aber der Herr wußte meine Bedenken zu zerstreuen. Er sagte, daß es ihm nur darauf ankomme, einen weißen Mann in der Küche zu haben, da er lauter Neger beschäftigte.

Später, aber da sah ich den feinen Herrn nicht mehr, stellte es sich heraus, daß es sich um eine Flußregulierung handelte, die einer der reichen Besitzer vornehmen ließ. Was von solchem Job zu halten ist, weiß jeder, der die Südstaaten kennt. Erstens sind es Arbeitsbedingungen, die kein Mensch aushalten kann, und wären sie auszuhalten, kein Hobo kann sich eine solche Arbeit leisten, weil er kein Arbeitszeug mit sich führt. Alles, was er besitzt, trägt er auf dem Leib und das muß lange halten. Eine Stunde in den verschlammten Gräben aber genügt, ihn herzurichten wie ein Schwein. Außerdem die Moskitos, diese Geißel der Südstaaten, sie fressen einen bei lebendigem Leibe auf.

Zunächst juckte mich dies zwar nicht sehr. Ich war als Koch eingestellt und ich hatte es mir schriftlich geben lassen. Aber die Arbeiter, es waren übrigens nicht nur Neger, lachten mich aus: „Als Koch sind wir alle angefangen."

„Na ja, aber ich war vorsichtig, ich habe es schriftlich!"

„Wir auch! Heute bist du Koch, aber morgen früh mußt du in den Graben. Der Lagerleiter wird dir bescheinigen, daß du unfähig bist, eine Suppe zu kochen, entweder ist sie zu heiß oder zu kalt, zu dick oder zu dünn! Es ist ein Trick und du bist ihm aufgesessen wie wir alle."

„Oho! Dann soll der Lagerleiter sehen, wie er mich halten kann."

„Denkste! Du hast Handgeld genommen, du hast für einen Tag Verpflegung erhalten. Willst du vertragsbrüchig werden? Sieh dort."

Wahrhaftig, in den Gräben am Fluß arbeiten Sträflinge, abseits, in besonderen Kolonnen, aber gut bewacht.

Trotzdem, in der Nacht machte ich mich auf. Ich mied die Straßen, die Städte, ging nur immerzu durch Wälder, diese häßlichen Wälder, an denen soviel Geldgier klebt, bis ich diesen oft besungenen, aber noch mehr verfluchten Süden hinter mir hatte.

Warum machen wir es uns nicht leichter?

Wenn zu Großmutters Zeiten eine Frau sich bei der Arbeit hinsetzte, wurde sie als faul angesehen. Als fleißige und tüchtige Hausfrau galt meist nur diejenige, die ihren Arbeitseifer durch manchmal noch recht unbequemes Stehen zum Ausdruck brachte. Die Folge war, daß eine Frau über vierzig müde und abgearbeitet war, wie es heute bedauerlicherweise bei den Landfrauen vielfach noch ist. Frühzeitig schon waren die Beine voll Krampfadern und der Rücken gebeugt. Nur allmählich dämmerte die Einsicht, daß es auf die alten Regeln nicht ankommt. Heute is es schon so, daß niemand mehr etwas dabei findet, wenn die Frau sich ihre Arbeiten so praktisch wie nur möglich einteilt und sie in der bequemsten und dem Körper zuträglichsten Stellung verrichtet. Die Industrie in den fortschrittlichen Ländern hat längst erkannt, daß langes Stehen bei Frauen Fußleiden, Beinkrankheiten und Unterleibserkrankungen begünstigt, deshalb sind entsprechende Maßnahmen getroffen worden, die der Frau das Arbeiten möglichst leicht macht.

Ein Streitfall im Haushalt ist vielfach noch das Bügeln. Manche Frauen behaupten, im Sitzen nicht bügeln zu können. Diese Ansicht ist unrichtig, man muß nur den Stuhl entsprechend hoch oder den Tisch niedrig machen. Ebenso können Kartoffeln und Gemüse im Sitzen geputzt oder Geschirr abgewaschen werden. Und wie ist es mit der großen Wäsche? Da ist es bestimmt nicht notwendig, daß das Waschfaß so unbequem wie möglich steht. Hier muß der bequemste Bückwinkel erreicht werden. Mit ein klein wenig Nachdenken läßt sich das machen. Beim Aufhängen der Wäsche sollte der Korb auf einen Stuhl oder Hocker gestellt werden, damit unnützes Bücken vermieden wird.

So kann sich die Frau durch Kleinigkeiten ihre Arbeiten erleichtern. Sie dient damit ihrer Gesundheit.

Die bekannte amerikanische Schriftstellerin Pearl S. Buck (deren Bücher auch in Deutschland viel gelesen werden), erklärte zur amerikanischen Aggression in Korea:

„Als Amerikanerin empfinde ich in diesem Augenblick eher tiefe Scham als nationalen Stolz."

Kulturnotizen

Briefe Chopins an Jules Fontara vom Oktober 1839 — geschrieben in Nohant auf Briefpapier von George Sand — sind dem Fryderyk-Chopin-Institut in Warszawa von Prof. Karol Liszniewski vom Konservatorium in Cincinnati (USA) zum Geschenk gemacht worden.

Die DEFA-Filme „Die Buntkarierten" und „Unser täglich Brot" werden demnächst in den Lichtspielhäusern Polens anlaufen.

Der chinesische Schriftsteller Tschou Ti Tan und der Karikaturist Hua Tschun Wu sind in Prag eingetroffen, um im Auftrag des chinesischen Kultusministeriums eine große Ausstellung „Das neue China" einzurichten.

Stimme des Friedens

„Seit 1945 stapelt das amerikanische Kriegsministerium große Mengen von Atombomben auf. Präsident Truman gab vor kurzem den Befehl zur Herstellung der Wasserstoffbombe.

Glaubt die Regierung der Vereinigten Staaten wirklich, durch einen verbrecherisch provozierten Krieg mit Atomwaffen anderen Ländern die „amerikanische Lebensweise" aufzwingen zu können? Wenn die Millionen friedliebender Menschen jetzt die Macht erkennen, die in ihrer gemeinsamen Aktion für die Aechtung der Atomwaffe liegt, wird ein neues Zeitalter der friedlichen Verständigung und des Aufbaus beginnen."

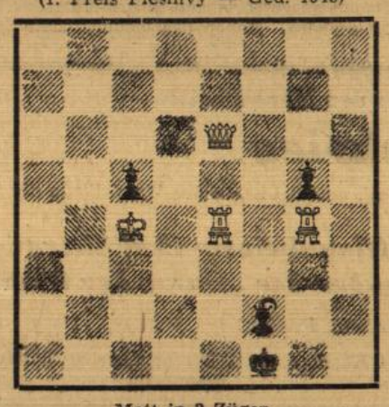
(Alan Bush, England, Komponist u. Dirigent.)

Ausstellung Frans Masereels in der DDR

Der sechzigjährige berühmte flämische Maler und Holzschneider Frans Masereel stellt in der Hamburger Kunsthalle eine Kollektion seiner Gemälde, Holzschnitte und Zeichnungen aus den letzten zehn Jahren seines Schaffens aus. Er erklärte bei der Eröffnung der Ausstellung: „Mein Werk dient dem Frieden. Unermüdlich will ich auch weiterhin für die Idee des Friedens tätig sein." Als er seine Freude darüber ausdrückte, daß er zum erstenmal seit 1933 wieder in deutschen Städten ausstellen kann, betonte er, es sei für ihn selbstverständlich, daß er seine Werke auch auf Ausstellungen in der Deutschen Demokratischen Republik zeigen werde. Er denke hierbei an Berlin und an die Städte Leipzig, Dresden und Halle.

Schach- und Rätselecke

Problem Nr. 49
F. Matousek
(1. Preis Plesnivy — Ged. 1948)



Matt in 3 Zügen

Kontrollstellung:

Weiß: Kc4, De6, Te4g4 (4)
Schwarz: Kf1, Lf2, Bc5g5 (4)

Lösung zur Aufgabe Nr. 48:

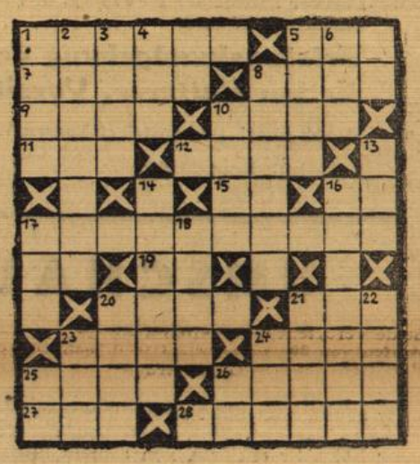
1. Sh8! Kc4; 2. Sf7!, Kb5; 3. Sd6.

„S" am Rand, ist eine Schand, lernen die Ströbecker Kinder in der Schule und nun gar „S" im Eck?, hat keinen Zweck. — Der Problemkomponist beweist jedoch das Gegenteil.

Unser Kreuzworträtsel

Waagerecht: 1. Schweizer Kanton, 5 Tiergarten, 7. geschlossene, gleichmäßiggekrümmte, ebene Linie, 8. Bestandteil von Mörtel, 9. Sohn Adams, 10. Verwitterungsprodukt von Gesteinen, 11. Stadt an der Donau, 12. Geldinstitut, 16. chemisches Zeichen für Selen, 17. Friedenvermittler (ermordet), 19. Maßeinheit (Abk.), 20. hirschgroßes, höckerloses Kamel, 23. altgermanische, große Bronzeposaune, 24. (engl.) Streifzug, 25. Farbe, 26. Nadelbaum, 27. Teil des Baumes 28. schwimmender Tragteil für Brücken.

Senkrecht: 1. Elektrizitätssammler (Abk.), 2. fischreicher See in Kasakstan, 3. Gleichklang von Endsilben, 4. engl. Wachholderschnaps, 5. Streit, 6. engl. alt, 8. Stadt in China, 10. Baumaterial, 13. Wasseransammlung, 14. Hauptstadt der Türkei, 16. Stadt in der UdSSR, 17. deutscher Komponist, gest., ch ist ein Buchstabe, 18. Ziehmutter, 20. mit Freude an etwas herangehen, 21. deutscher Philosoph, gest., 22. Paradiesgarten, 23. Anteilschein, 24. nordische Meeresgöttin, 25. chemisches Zeichen für Radium.



Auflösung unseres letzten Rätsels

Waagerecht: 1. Alassio, 6. Nab, 9. Kampen, 10. Tana, 11. Tuban, 12. Satan, 13. Bor, 14. Laguna, 16. Steam, 18. Ran, 20. Angel, 22. Oro, 24. Genua, 26. Kurier, 28 Bar, 30. UdSSR, 31. Iller, 33. Recht, 34 Schmiede, 35. Ara, 36. Brunnen.

Senkrecht: 1. Akt, 2. Laub, 3. Ambos, 4. Sparta, 5. sen., 6. Natur, 7. Ananas, 8 Bananen, 10. Tag, 12. Samen, 14. Lager, 15. Prokura, 17. Enger, 19. Bruder, 21. Lublin, 23. Orscha, 25. Asien, 27. Ist, 29. Rede, 32. Ren.

DAS RUNDFUNK-PROGRAMM DER WOCHE

BERLINER RUNDFUNK

782 und 1570 kHz — 383,1 und 191,1 m

Donnerstag, 13. Juli

8.00 Nachrichten
9.00 Schulfunk
11.03 Gespräch an der Stempelstelle
12.00 Sendung zur Werkpause
12.50 Landfunk
13.00 Nachrichten
13.10 Berliner Stunde
13.45 Visitenkarten mit Musik
14.00 Nachrichten
14.03 Otto Dobringt dirigiert
15.00 Kinderfunk
15.20 Leichte Musik
16.00 Nachrichten
16.05 Nachmittagskonzert
17.00 Nachrichten
17.03 Juristisches
17.15 Lieder und Tänze aus der Sowjetunion
17.50 Kulturpolitik
18.20 Junge Welt
19.02 Nachrichten
19.05 Volksmusik
19.30 Musik des anderen Amerika
19.45 Die Wahrheit über Amerika
20.00 Nachrichten und Kommentar
20.15 Violinkonzert v. Beethoven
21.30 Hörspiel der Jungen Welt
22.00 Nachrichten und Sport
22.07 Wochenkommentar der CDU
22.15 Musik und Aktuelles
23.00 Kabarette od. Kurzhörspiel

Freitag, 14. Juli

8.00 Nachrichten
9.00 Schulfunk
11.03 Für die Hausfrau
12.00 Sendung zur Werkpause
12.50 Landfunk
13.00 Nachrichten
13.10 Berliner Stunde
13.45 Visitenkarte mit Musik
14.00 Nachrichten
14.05 Konzert
15.00 Kinderfunk
15.30 Unterhaltungsmusik
16.00 Nachrichten
16.05 Nachmittagskonzert
17.00 Nachrichten
17.03 Junge Pioniere
17.15 Lehrerfunk
17.35 Jugend- und Pionierlieder
17.50 Kulturpolitik
18.20 Studentisches Forum
19.02 Nachrichten
19.05 Soloquartett des BR
19.30 Ein Sechstel der Erde
20.00 Nachrichten und Kommentar
20.15 Hörspiel
21.45 Aus den Volksdemokratien
21.55 Das neue Lied
22.00 Nachrichten und Sport
22.07 Wochenkommentar der National-Demokratischen Partei
22.15 Musik und Aktuelles

Samstag, 15. Juli

8.00 Nachrichten
8.30 Sabbatfeier
9.00 Nachrichten
11.00 Nachrichten
11.03 Gespräch an der Stempelstelle
12.00 Sendung zur Werkpause
12.50 Landfunk
13.00 Nachrichten
13.10 Berliner Stunde
13.45 Visitenkarten mit Musik
14.00 Nachrichten
15.00 Kinderfunk
15.20 Junge Welt
15.40 Sport der Woche
16.00 Nachrichten
16.05 Was sich Hörer wünschen
17.50 Kultur — heute und morgen
18.20 Außenpolitik
19.02 Nachrichten
19.05 Unser Lied — Unser Leben
19.50 Deutsch-sowjetische Freundschaft
20.00 Nachrichten und Kommentar
20.15 Aus der Zeit der klassischen Operette
21.40 Mikrofon in unserer Zeit
22.00 Nachrichten
22.07 Wochenkommentar der SED
22.15 Sport
22.30 Musik und Aktuelles
23.00 Scherz und Satire

Sonntag, 16. Juli

7.13 Jugend- und Pionierlieder
7.30 Musik für die Jugend
7.45 Junge Welt
8.00 Nachrichten
8.10 Musik und Dichtung
9.45 Violinstücke
10.00 Nachrichten
10.10 Volksmusik
11.30 Sendung zum Bach-Jahr
12.00 Sonntagskommentar
12.15 Mittagskonzert
13.00 Nachrichten
13.10 Sonntägliche Dorfrunde
14.00 Musikalische Streiflichter
15.00 Die Sonntagskinder
15.30 Die schöne Stimme
16.00 Scherz und Satire
16.20 Ballettmusik
17.00 Tanzmusik
18.00 Nachrichten
18.05 Sergej Rachmaninoff,
18.40 Gespräch am runden Tisch
19.02 Adalbert Lutter spielt
19.45 Die Wahrheit über Amerika
20.00 Nachrichten
20.15 Großer Tanzabend
22.00 Nachrichten
22.05 Sportecho des Sonntags
22.30 Wir sprechen für Westdeutschland
23.00 Heiter und bunt

Montag, 17. Juli

8.00 Nachrichten
9.00 Schulfunk
11.03 Mit den Augen der Hausfrau
12.00 Musik zur Werkpause
13.00 Nachrichten
13.10 Berliner Stunde
13.45 Visitenkarten mit Musik
14.00 Nachrichten
14.05 Großes Orchester des BR
15.00 Kinderfunk
16.00 Nachrichten
16.05 Nachmittagskonzert
17.00 Nachrichten
17.15 Musik aus den Volksdemokratien und der Sowjetunion
17.50 Kultur heute und morgen
18.00 Dorfmusikanten
18.20 Junge Welt
19.02 Nachrichten
19.05 Volksmusik
19.30 Tanzmusik der Nationen
19.50 Volkshochschule
20.00 Nachrichten und Kommentar
20.15 „Der Rosenkavalier", Oper von Richard Strauß
21.30 Aus „Italien", R. Strauß
22.00 Nachrichten und Sport
22.07 Das Forum der Nationalen Front
22.15 Musik und Aktuelles
23.00 Soeben erschienen

Dienstag, 18. Juli

8.00 Nachrichten
9.00 Schulfunk
11.03 Gespräch an der Stempelstelle
12.00 Sendung zur Werkpause
13.00 Nachrichten
13.45 Visitenkarte mit Musik
14.00 Nachrichten
14.03 Großes Orchester des BR
15.00 Kinderfunk
15.20 Leichte Musik
16.00 Nachrichten
16.05 Nachmittagskonzert
17.00 Nachrichten
17.03 Junge Pioniere
17.15 Sendung für die Jugend
17.50 Kulturpolitik
18.20 Junge Welt
19.02 Nachrichten
19.05 Solistenvereinigung des BR
19.30 Volks- und Kampflieder aus Amerika
19.45 Die Wahrheit über Amerika
20.00 Nachrichten und Kommentar
20.15 Wir lieben das Leben
21.45 Aus den Volkdemokratien
22.00 Nachrichten und Sport
22.07 Wochenkommentar der Liberaldemokratischen Partei
22.15 Quergefunktes
22.30 Musik und Aktuelles

Mittwoch, 19. Juli

8.00 Nachrichten
9.00 Schulfunk
11.03 Für die Hausfrau
12.00 Sendung zur Werkpause
12.50 Wirtschaftsfunk
13.00 Nachrichten
13.10 Berliner Stunde
13.45 Visitenkarte mit Musik
14.00 Nachrichten
14.03 Aus Oper und Konzert
15.00 Kinderfunk
15.20 Deutsche Meister der Musik, Ludwig van Beethoven
16.00 Nachrichten
16.05 Nachmittagskonzert
17.00 Nachrichten
17.03 Sport
17.15 Das kleine Hauskonzert
17.50 Kultur heute und morgen
18.20 Junge Welt
19.02 Nachrichten
19.05 Unser Lied — unser Leben
19.30 Ein Sechstel der Erde
20.00 Nachrichten und Kommentar
20.15 Tanzabend
21.45 Probleme der Zeit
21.55 Das neue Lied
22.00 Nachrichten und Sport
22.07 Wochenkommentar der Demokratischen Bauernpartei
22.15 Musik und Aktuelles

RADIO LEIPZIG

1043 kHz — 287 m

7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk: Stahl — für den Krieg oder den Frieden
9.00 Nachrichten
9.15 Kunterbunt am Vormittag
11.00 Nachrichten
11.20 Musik
12.00 Nachrichten
12.10 Landfunk
12.20 Musik zum Mittag
13.42 Musik nach Tisch
14.30 Schulfunk: Straße frei, die Feuerwehr
15.00 Kammermusik
15.30 Kinderfunk
15.50 Nachmittagskonzert
16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen
19.30 Nachrichten und Kommentar
20.00 Für alt und jung der richt'ge Schwung
21.30 „Der gemeinsame Weg",
22.00 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland

7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk: Das Geheimnis der Kalorien
9.00 Nachrichten
9.15 Kunterbunt am Vormittag
11.00 Nachrichten
11.20 Musik
12.00 Nachrichten
12.20 Musik zum Mittag
13.42 Musik nach Tisch
14.30 Schülerfunk
15.00 Konzertstunde
15.30 Junge Funkgrupe
15.50 Nachmittagskonzert
16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen
18.45 Die Wahrheit über Amerika
19.30 Nachrichten und Kommentar
19.50 Sportvorschau
20.00 „Bastian und Bastienne", Singspiel von Mozart
21.30 „Sonne über der Taiga"
22.00 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland

7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk: Ueber Wiesenheilkräuter
11.20 Musik
12.00 Nachrichten
12.20 Chormusik
12.45 Pädagogisches Forum
13.00 Mittagskonzert
14.30 Kammermusik
15.00 Kinderfunk
15.20 Jugend singt und musiziert
15.40 Jugendfunk: Ihr habt das Wort
16.00 Froher Klang z. Wochenend
17.30 Das Zeitgeschehen, v. Funk gesehen
19.30 Nachrichten
19.45 Chronik der Woche
20.00 Im Rhythmus der Freude
21.45 Aus der Welt des Sports
22.00 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland
22.45 „Nachts geht das Telefon"

7.00 Nachrichten
8.20 Singende Jugend grüßt den Sonntag
9.00 Musik am Sonntagvormittag
10.00 Nachrichten
11.30 Bach-Kantate
12.00 Nachrichten
12.10 Unsere Volksmusikstunde
13.00 Kommentar zum Sonntag
13.15 Schöne Melodien
14.00 Der Bauernrat
14.15 „Der Querschnitt" — Kulturleben
15.00 „Wir lieben das fröhliche Leben"
16.45 Leipzigs buntes Filmmagazin
18.00 Die Wahrheit über Amerika
18.15 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen
19.30 Nachrichten
19.45 „Zauber der Musik"
21.45 Sport
22.00 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland

7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk: Literarische Formen: Die Reportage
9.15 Kunterbunt am Vormittag
11.00 Nachrichten
11.20 Musik
12.00 Nachrichten
12.10 Landfunk
12.20 Musik zum Mittag
13.42 Musik nach Tisch
15.00 Kammermusik
15.30 Junge Funkgruppe
15.50 Unterhaltungsmusik
16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen
19.30 Nachrichten und Kommentar
19.50 Sportrundschau
21.35 Hörfolge um die SED als führende Kraft im Aufbau der DDR
22.00 Nachrichten und Sendung für Westdeutschland
23.45 Autorenstunde

7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk: Bachs Klavierschaffen
9.00 Nachrichten
9.15 Kunterbunt am Vormittag
11.00 Nachrichten
11.20 Musik
12.00 Nachrichten
12.20 Musik zum Mittag
13.42 Musik nach Tisch
14.30 Schulfunk: Gedenksendung zum Tag der Spanienkämpfer
15.00 Kammermusikstunde
15.50 Nachmittagskonzert
15.30 Kinderfunk
16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen
19.30 Nachrichten und Kommentar
20.00 Sinfoniekonzert mit Einführung, Werke von Ravel, Britten und Prokoffjew
22.00 Nachrichten - Sendung für Westdeutschland

7.00 Nachrichten
8.05 Schulfunk: Die Wissenschaft aus dem Volke
9.00 Nachrichten
9.15 Kunterbunt am Vormittag
11.00 Nachrichten
12.20 Musik am Mittag
13.42 Musik nach Tisch
14.30 Schulfunk: Fräulein Wachtmeister erzählt von ihrem Dienst
15.00 Konzertstunde,
15.30 Junge Funkgruppe:
15.50 Nachmittagskonzert
16.30 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen
18.40 Die Wahrheit über Amerika
19.30 Nachrichten, Kommentar
20.00 Hörspiel: „Die Gewehre der Frau Carrar", v. Bert Brecht
20.45 Deutsch-sowjetisches Musikprogramm
22.00 Nachrichten - Sendung für Westdeutschland

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

So sieht er aus, der Dr. Ott!

Meine Frau ist mir ernstlich böse. Hat doch da der sattsam bekannte Bundestagsabgeordnete Dr. Ott in Karlsruhe erklärt: Seit Ausbruch des Koreakonflikts würden der KPD ungeahnte Gelder für politische Zeugnisse von den bösen Kapitalisten zufließen. Und dabei bittet mich meine Frau schon seit acht Tagen vergeblich um Haushaltungsgeld. Von einem Funktionär der KPD will Ott diese Weisheit bezogen haben. Glaubt Dr. Ott wirklich, daß ein kommu-

Kampf den Kriegsvorbereitern!

nistischer Funktionär sich ernsthaft mit ihm unterhält? Es versteht sich von selbst, daß Ott dann weiterhin erklärt, Frieden werde es auf der Welt erst dann geben, wenn die bösen Kommunisten vernichtet sind. Wo hab ich das bloß schon einmal gehört? Das war doch derselbe Adolf, als dessen getreuer Parteigenosse Dr. Ott diese Sprüche gelernt und offenbar trotz der „schlagenden Beweise", die dieser hierfür erhielt, nichts dazu gelernt hat.

Aber, im Ernst gesprochen, das Treiben der Leute wie Ott und Konsorten, die den berechtigten Unwillen der Umsiedler über die schlechte Behandlung in Westdeutschland für einen dritten Weltkrieg ausnützen wollen, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Eine bessere Zukunft können wir alle miteinander erst erringen, wenn wir ein friedliebendes Deutschland ohne Kriegshetzer geschaffen haben.

H. Oppla.

Beste Stukkarbeiten Mannheimer Lehrlinge

Mannheim. Am Sonntag, 16. Juli 1950, morgens 9 Uhr, eröffnet die Mannheimer Stukkateur- und Gipser-Innung in der Gewerbeschule 2 (Mollschule), Wespinstraße, eine Ausstellung der besten Stukkarbeiten ihrer Lehrwerkstäte.

Jugend im Kampf um den Frieden unbeirrbar

FDJ Heidelberg führte öffentliche Unterschriftensammlung gegen Atombombe auf Straßen und Plätzen durch

Heidelberg. Die FDJ in Heidelberg nahm ihre Kreisdelegiertenkonferenz am vergangenen Wochenende zum Anlaß, eine öffentliche Unterschriftensammlung für das Verbot der Atombombe durchzuführen.

Auf dem Marktplatz begann die Aktion. Blaue Fahnen wehten vor dem Transparent: „Korea mahnt: Gib Deine Unterschrift für den Frieden!" Angelockt durch ein frisches Lied der jungen Friedenskämpfer hatte sich bald eine Schar Neugieriger angesammelt. In Gruppen zu zweien verteilten sich anschließend die Freunde auf die Straße und sammelten überall Unterschriften. Provokationsversuche eines Häufleins Jugendlicher und einiger Erwachsener zerschellten an dem unbeirrbaren und entschiedenen Auftreten der jungen Friedenskämpfer. Auch der bei solchen Anlässen übliche CIC-Agent vermochte mit seinem Fotoapparat niemanden einzuschüchtern.

Man darf wohl sagen, daß es keinen besseren Auftakt für die Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ geben konnte als diese Unterschriftenaktion, die jedem der Beteiligten das stolze Bewußtsein vermittelte, wie richtig und notwendig es ist, den Gedanken des Friedens in die breite Masse zu tragen, um damit alle Bevölkerungsschichten im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter und für die Aechtung der Atombombe zu mobilisieren.

Auf der Kalteichhütte eröffnete am Sonntag Fritz Fischer die Konferenz, zu der sich Gäste, Vertreter verschiedener Jugendorganisationen und nichtorganisierte Jugendliche eingefunden hatten. In seinem Referat sprach J. Korn von den konkreten Aufgaben, die sich für alle Funktionäre und Mitglieder der Kreisverbände in dem großen Friedensaufgebot der Jugend ergeben. Auch die Heidelberger FDJ gedenkt alle Kraft einzusetzen, um die vom Landesvorstand Württemberg-Baden ausgeschriebene Sturmfahne der FDJ zu erobern. Neben der ideologischen Schulung aller Mitglieder und der Aufnahme der Verbindung mit anderen Jugendorganisationen (hier konnten schon schöne Anfangserfolge errungen werden) müsse das Schwergewicht aller Anstrengungen auf die Unterschriftensammlung gegen die Atombombe verlegt werden.

In einer Resolution nahmen die Delegierten schärfstens gegen die provokatorischen Beschuldigungen gegen Freunde aus Bremerhaven Stellung, die von einem Besatzungsgericht wegen angeblichen verbotenen Waffenbesitzes verurteilt werden sollen. „Wir verlangen die sofortige Niederschlagung dieses schmählichen Prozesses und die Freilassung aller unschuldig verurteilten Freunde", geht aus der Resolution hervor.

Das Weltjugendlied auf den Lippen der jungen Friedenskämpfer bildete zum Schlusse der Konferenz das Symbol für die große Gemeinschaft mit dem demokratischen Weltjugendbund und der Solidarität mit den 800 Millionen Friedenskämpfern in der ganzen Welt. Aus den Augen der versammelten Jugendlichen strahlte gleichzeitig der Wille und die Kraft, unbeirrbar für den Frieden, die Einheit Deutschlands und ein besseres Leben einzutreten.

Aus Bausteinen fügt sich ein Gebäude

Initiative der Betriebsgruppe S 3, 10 für unsere Druckerei

Mannheim. In der Generalversammlung der Betriebsgruppe S 3, 10 am Samstag, 8. Juli, wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, der Zeugnis ablegt von der Initiative und dem Opferwillen aller in den Redaktionen, dem Verlag, Mettage, Druckerei und Setzerei beschäftigten Männer und Frauen, Genossen wie Parteilosen. Jeder verpflichtet sich, je nach Einkommensverhältnissen monatlich einen Baustein von DM 2.— oder DM 1.— zum Wiederaufbau unserer Druckerei zu nehmen, darüber hinaus Bausteine für DM 5.— in Mannheims Geschäftswelt und Bevölkerung, bei Freunden und Sympathisierenden umzusetzen. Die zeitliche Zielsetzung für diese Aktion sind die nächsten drei Monate, die ideelle Zielsetzung ist die, hier beispielhaft voranzugehen, und aus diesen Bausteinen ein Gebäude unserer Druckerei zu errichten, welches den modernen Anforderungen entspricht, die Arbeiterpresse zu einem auch technisch hervorragenden Kampfinstrument zu machen, und alle bisherigen Hemmnisse, die aus unserer Gebundenheit an fremde Druckereien resultierten, damit zu beseitigen.

Die Faschisten hatten seinerzeit unsere Rhein-Main-Druckerei (aus der Peuvag hervorgegangen) lahmgelegt, hatten sie maschinell ausgeschlachtet, unsere Rotation verschleppt und mit diesem Treiben die Stimme der klassenbewußten Werktätigen in Mannheim, Oberbaden und Pfalz, die „Arbeiterzeitung", 1933 zum Schweigen gebracht. Ihre Redakteure, sowie der technische Stab wurden in die Kerker und Konzentrationslager des Dritten Reiches geworfen. Amerikanische Bomben vollendeten im Kriege das Zerstörungswerk an einer aus Arbeitergroschen und aus dem Opfersinn der Werktätigen geschaffenen Druckerei.

Wenn die Betriebsgruppe des „Badischen Volksecho", deren Bruderzeitung „Neues Leben" und „Unser Tag" unter Verletzung der feierlich versprochenen Pressefreiheit von der französischen Besatzungsmacht immer noch verboten sind, nun dazu übergegangen ist, den Kampf um unsere Druckerei durch diesen Beschluß zu aktivieren, so bezeugt sie damit, das sie die Worte unseres Max Reimann über die Bedeutung der kommunistischen Presse im kolonialen Westdeutschland richtig verstanden und die Schlüsse für ihr Handeln daraus gezogen hat. Unsere Presse ist das Organ der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei. Sie ist die Stimme der Wahrheit, welche die Lügen der bürgerlichen Gazetten entlarvt, der unablässige Mahner zum Kampf um den Frieden und gegen die Kriegstreiber Deutschlands und der mobilisierende Faktor im Kampf um die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Menschen gegenüber den in- und ländischen Ausbeutern und Unterdrückern.

Umsiedle gegen Hortung vonr Nahrungsmitteln

Karlsruhe. (lwb) Gegen die Hortung lebenswichtiger Nahrungsmittel wandten sich die nordbadischen Umsiedler am Dienstag in einer an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy und den Bundesernährungsminister Dr. Niklas gerichteten Resolution. Durch die gegenwärtige Hortung lebenswichtiger Nahrungsmittel werde die Versorgung der zum überwiegenden Teil sozial schwachen Umsiedler gefährdet. Der Landesverband der vertriebenen Deutschen erwarte, daß von den zuständigen Stellen Maßnahmen gegen die Hortung getroffen würden.

Aus Bausteinen fügt sich ein Gebäude

Sprechstunden der Gewerkschaften in Weinheim

Weinheim. Die einzelnen Gewerkschaften sind nun nach Uebernahme ihrer Büros im 1. Stock des alten Rathauses in der Lage, Sprechstunden abzuhalten. Diese gliedern sich ab 15. Juli wie folgt:

Gewerkschaftsbund II. Stock, Gewerkschaft Leder I. Stock — für gewerkschaftlich Organisierte und Funktionäre der Gewerkschaften von Montagvormittags 8 Uhr bis Samstagsvormittags 12 Uhr ununterbrochen.

Für allgemeinen Publikumsverkehr: Sprechstunden Dienstag und Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Für die übrigen Gewerkschaften im alten Rathaus, I. Stock:

Industrieverband Metall: Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr.

Industrieverband Oeffentl. Betriebe: Mittwoch von 16.30 Uhr bis 18 Uhr.

Industrieverband Bau, Steine, Erde: Montag von 17 bis 19 Uhr; Samstag von 9 bis 11 Uhr.

Industrieverband Holz: Donnerstag von 16 bis 18 Uhr.

Industrieverband Nahrung und Genuß: Dienstag und Freitag von 16 bis 18 Uhr.

Industrieverband Chemie: Mittwoch von 15 bis 18 Uhr; Samstag von 9 bis 12 Uhr.

Um einen geregelten Verkehr zu gewährleisten, wird gebeten, sich an die aufgezeigten Zeiten zu halten.

Sprechstunden bei der Arbeitsamtnebenstelle Weinheim

Mit sofortiger Wirkung wurden die Sprechstunden der Nebenstelle Weinheim wie folgt festgelegt: Montag bis Samstag von 8.30 bis 12 Uhr; Dienstag und Donnerstag auch nachmittags von 14 bis 16.45 Uhr. Außerdem sind dienstags und donnerstags von 16.45 bis 18.30 Uhr Abendsprechstunden eingerichtet, die vor allem Ratsuchenden zugute kommen sollen, die in Arbeit stehen.

Die Schicksalsfrage der Menschheit:

Friede oder Atomkrieg

Darüber spricht am Freitag, den 21. Juli, um 20 Uhr, in der Wandelhalle des Rosengartens in einer

Friedenskundgebung der Mannheimer Bevölkerung
Arthur Ketterer, Vorsitzender der „Union der Mitte"

Mannheimer! Demonstriert Eueren Willen zum Frieden!

Unkostenbeitrag 20 Pfg.

Komitee der Kämpfer für den Frieden Mannheim

UMSCHAU IM LANDE

Ein luftiger Standpunkt

Korb im Remstal. (lwb). Ein 15jähriger Gipserlehrling betrachtete sich das Waiblinger Dreieckrennen am Sonntag von einem der neuen, noch nicht stromführenden 53 m hohen Ueberlandleitungsmasten auf der Korber Höhe. Er erklärte, von seinem luftigen Standpunkt aus — er saß auf dem höchsten Gipfel des Mastes — habe er die gesamte Rennstrecke überblicken können und mehr gesehen als die Tribünenbesucher für ihr teures Geld.

Vom Gefängnis ins Gefängnis

Stuttgart. (lwb) In Stuttgart wurde dieser Tage ein 25 Jahre aler berufsloser Mann wenige Stunden, nachdem er eine Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung abgebüßt hatte, bei einem Einbruch ertappt. Er war in das Heim eines Jungmännerwerkes eingestiegen und hatte sich dort aus verschiedenen Schränken passende Kleidungsstücke ausgesucht und diese angezogen. Den Heimleiter, der ihn dabei überraschte, hatte er mit einem Faustheb zu Boden geschlagen. Der Einbrecher konnte jedoch noch innerhalb des Heims ergriffen und der Polizei übergeben werden

Blutschande zwischen Mutter und Sohn

Stuttgart. Die große Stuttgarter Strafkammer verurteilte eine 43 Jahre alte Frau aus Stuttgart wegen Blutschande zu einem Jahr zehn Monaten Zuchthaus und ihren 26jährigen Sohn zu vier Monaten Gefängnis. Der uneheliche Sohn war erst als Halbwüchsiger zu seiner Mutter nach Stuttgart zurückgekehrt. Bald entwickelte sich ein intimes Verhältnis, das auch nach der Rückkehr des Sohnes aus Kriegsgefangenschaft im Jahre 1949 fortgesetzt wurde.

Autodieb fuhr gegen Hauswand

Heidelberg. (lwb) Das amerikanische Distriktsgericht in Mannheim verurteilte einen Deutschen wegen Diebstahls eines amerikanischen Kraftwagens zu 15 Monaten Gefängnis. Der Verurteilte war in den Morgenstunden des 26. Mai in Mannheim mit einem parkenden amerikanischen Kraftwagen davongefahren. Nach kurzer Zeit jedoch fuhr er gegen eine Hauswand.

Ungünstige Arbeitsmarktentwicklung in Weinheim

Weinheim. Auch in Weinheim ist die Arbeitsmarktlage wie überall im westdeutschen Separatstaat im Augenblick äußerst kritisch. Bemerkenswert ist vor allen Dingen, daß die Arbeitsamtnebenstelle Weinheim einen Rückgang der Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Tag der Währungsumstellung registrieren muß. Danach wurden am 30. Juni 1948 16 199 Beschäftigte und Ende Juni 1950 lediglich 15 985 Beschäftigte gezählt.

Ebenso beunruhigend ist das Bild der Erwerbslosen im Arbeitsamtbezirk Weinheim. Die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Fürsorge- und Unterstützungsempfänger beträgt nach der letzten Meldung 846 Personen. Um 723 Personen hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit dem Tag X zugenommen.

Die „Tour de France" beginnt

110 Fahrer werden am Donnerstagvormittag von Paris zu den 22 Etappen der „Tour de France" über 4812 Kilometer starten.

Im diesjährigen Verlauf der „Tour" sind 1800 Kilometer neue Strecken, die bisher noch nicht gefahren wurden. Die erste Etappe Paris — Metz (307 km) und die Schlußetappe Dijon — Paris (314 km) sind neben der Etappe Rouen — Dinard (316 km) die längsten. Der große St. Bernhard wird in diesem Jahre nicht befahren. Die Streckenführung über die neuen Pässe ist zumeist so gelegt, daß die Paßüberquerungen nach Möglichkeit am Tagesende liegen.

Spanischer und Schweizer Boden wird in diesem Jahre bei der „Tour de France" nicht berührt, dagegen liegt traditionsgemäß je ein Etappenort der Tour in Belgien und Italien, diesmal Lüttich und San Remo. Das gelbe Trikot des Spitzenfahrers bedeutet für seinen Träger täglich 100 000 Francs in bar.

Weltmeister Charles muß kämpfen

Der im Februar und März zweimal verschobene Kampf zwischen Schwergewichts-Weltmeister Ezzard Charles (USA) und seinem Landsmann Freddie Beshore ist für den 15. August vorgesehen, womit Charles erstmalig nach seiner Erkrankung wieder in den Ring treten würde.

In dem jungen amerikanischen Schwergewichtler Rocky Marciano scheint Schwergewichts-Weltmeister Ezzard Charles für die Zukunft ein ernsthafter Titelkonkurrent zu entstehen. Der Amerikaner besiegte den Italiener Gino Buonvino in der 10. Runde durch technischen k. o. Mariciano brachte es damit zu 29 Siegen in ununterbrochener Reihenfolge, 26 davon durch k. o.

Mexiko gewann 5:0 gegen Kuba

Mexiko beendete am Montag die Davispokal-Begegnung der nordamerikanischen Zone gegen Kuba in Havanna mit einem klaren 5:0-Sieg und qualifizierte sich damit für das Spiel gegen Australien oder Kanada.

Oberligatagung in Stuttgart

Die Vereine der süddeutschen Oberliga treffen sich am kommenden Samstag in Stuttgart zu einer internen Besprechung. Beschlüsse können jedoch keine gefaßt werden, da das Spielsystem durch den Spielausschuß des SFV und Angelegenheiten der Vertragsspieler durch den DFB gregelt wurden.

Handballverbandstag in Baden

Der fünfte badische Handballverbandstag in Bruchsal war mit 150 Vertretern von 90 Vereinen sehr stark besucht. Im Mittelpunkt der zahlreichen Anträge standen die Aenderungen über das Spielsystem. Ueber die Einteilung der vier Bezirksklassen will man jedoch die betroffenen Staffeln gesondert entscheiden lassen. Der Karlsruher Friedrich wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt, der Mannheimer Kehl zum Vorsitzenden des Spielausschusses.

Kleine Sportnotizen

Bei den am Montag in Monte Carlo begonnenen Fechtweltmeisterschaften im Florett qualifizierten sich Frankreich, Italien, Belgien und Aegypten für die Endrunde.

Der Engländer Leafe wird am Donnerstag in Rio de Janeiro das Spiel Brasilien — Spanien der Endrunde um die Fußballweltmeisterschaft leiten. Die Begegnung Uruguay — Schweden in Sao Paulo leitet Galleatti (Ital.).

Die deutschen Jugend-Amateurboxmeisterschaften sollen vom 1. bis 5. September in Berlin ausgetragen werden. Nach dem bisherigen Plan wird Berlin 13 Teilnehmer gegen insgesamt 39 aus den Westzonen stellen, die in drei Gruppen ermittelt werden sollen.

Gaislingen (Steige) ist vom 30. Juli bis 6. August Austragungsort eines Handballjugendturniers, an dem die besten Mannschaften aus den regionalen Verbänden des Nordens, Westens, Südwestens, Südens und Berlins teilnehmen. Ferner werden Jugendmannschaften aus Schweden, der Schweiz, Oesterreich, Holland und Frankreich erwartet.

Turn- und Sportverein Neckarau

Laut Urteil des Landgerichts Mannheim vom 25. Mai 1950 ist der Turn- und Sportverein (früher: Arbeiter-Turn- und Sportverein Mannheim-Neckarau) Rechtsnachfolger des 1933 durch die Nazis verbotenen, aufgelösten und seiner gesamten Vermögenswerte beraubten Arbeiter-Turn- u. Sportverein Mannheim-Neckarau E. V. -Re.-

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 15. bis 21. Juli 1950

Samstag, 15. Juli, außer Miete: In neuer Inszenierung: **„Glückliche Reise".** Operette von Eduard Künneke. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Sonntag, 16. Juli, außer Miete: **„Glückliche Reise".** Operette von Eduard Künneke. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 17. Juli, vorm.: Für Entlaßschüler der Volksschule: **„Der Freischütz".** Romantische Oper von C. M. v. Weber. Anfang 10, Ende etwa 13 Uhr.

Montag, 17. Juli, abends, außer Miete: **„Glückliche Reise".** Operette von Eduard Künneke. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Dienstag, 18. Juli, vorm.: Für die Mannheimer Schulen: **Gerhards Marionetten spielen „Die Zaubergeige".** Anfang für zwei Vorstell. 9 und 11, Ende 10.30 und 12.30 Uhr.

Dienstag, 18. Juli, abends, außer Miete: **„Glückliche Reise".** Operette von Eduard Künneke. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Mittwoch, 19. Juli, vorm.: Für die Mannheimer Schulen: **Gerhards Marionetten spielen „Die Zaubergeige".** Anfang für zwei Vorstell. 9 und 11, Ende 10.30 und 12.30 Uhr.

Mittwoch, 19. Juli, abends, außer Miete: **„Glückliche Reise".** Operette von Eduard Künneke. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Donnerstag, 20. Juli, vorm.: Für die Mannheimer Schulen: **Gerhards Marionetten spielen „Die Zaubergeige".** Anfang für zwei Vorstell. 9 und 11, Ende 10.30 und 12.30 Uhr.

Donnerstag, 20. Juli, abends, außer Miete: **„Glückliche Reise".** Operette von Eduard Künneke. Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Freitag, 21. Juli, vorm.: Für die Mannheimer Schulen: **Gerhards Marionetten spielen „Die Zaubergeige".** Anfang für zwei Vorstell. 9 und 11, Ende 10.30 und 12.30 Uhr. Eintrittskarten für die Vorstellungen „Die Zaubergeige" durch die Schulen.

Freitag, 21. Juli, abends, außer Miete, Eintrittspreise 1.— bis 5.— DM: **Letzte Vorstellung der Spielzeit 1949/50:** Einmaliges Gastspiel **„Die Amnestierten".** Europas populärstes Studenten-Kabarett mit neuem Programm. Anfang 20, Ende etwa 22 Uhr.

Ab 22. Juli 1950 Theaterferien!

Niersteiner Domthal Liter o. Glas **2.10**
Weisenheimer Goldberg Originalabfüllung mit Korkbrand . . . Liter o. Glas **2.10**
Bechtolsheimer Baßgeige Lit. o. Glas **2.10**
Kallstadter Kronenberg Liter o. Glas **2.60**
Östr. Dessertwein . . . 1/1 Flasche o. Glas **2.20**
Frucht-Wermutwein . . . 1/1 Flasche o. Glas **1.30**
Pfälzer Rotweine . . . Liter o. Glas ab **1.70**

Fallmann Kobellstr. 28 - Stockhornstr. 34 Telefon 52504

Sator H 4, 13 Telefon 43853

SCHÄFERS MÄRCHENSTADT LILIPUT
Schönste und größte LILIPUTANER-SCHAU
Mannheim Auf dem Meßplatz
Zum Strandfest bis 18. Juli
Täglich von 14—21 Uhr ständig geöffnet, mit etwa stündlich beginnenden wunderbaren Darbietungen von
40 Liliputanern und 20 SHETLAND-PONNIES
Einmaliger Eintrittspreis für alle Sehenswürdigkeiten, einschl. der Vorstellung: Erwachsene 80 Pfg., Kinder 40 Pfg.

Rührige
Anzeigen-Vertreter
für Tageszeitung in versch. Bezirken Nordbadens bei guten Provisionssätzen sofort gesucht
Eilbewerbungen von Fachkräften unter Nr. 32 - 87 an den Verlag erbeten

Schreibmaschinen Rechenmaschinen
verkauft seit über 25 Jahren
Josef Stotz Büromaschinen
MANNHEIM · D 4, 6

Fort-schrittliche Firmen
die die Kaufkraft der Schaffenden zu schätzen wissen, inserieren im
Badischen Volksecho

Preisgünstig
nennen wir unsere Kleidung, weil wir immer darauf achten, daß der Preis in einem für Sie günstigen Verhältnis zum hohen Wert unserer Kleidung steht.
Wasch- u. Leinen-Sakkos
13.80 16.50 24.50 31.50
Sommer-Hosen
12.50 18.50 28.00 42.50
Spor-Sakkos
54.- 68.- 75.- 88.-
Janker Lederhosen Hemden
Ihr Kleiderberater
Bergdolt
DAS BEKLEIDUNGSHAUS MANNHEIMS SEIT 1871
MANNHEIM, H 1, 5 (Breite Straße)
Der Bad. Beamtenbank und Südwestd. Kundenkreditbank angeschlossen.